



Discussion Paper



Gender Accounting – Eine methodisch-empirische Bestandsaufnahme und konzeptionelle Annäherung

Julia Schneider, Miriam Beblo, Friederike Maier

Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung
Discussion Paper 15, 09/2011

Herausgeberinnen

Miriam Beblo

Claudia Gather

Madeleine Janke

Friederike Maier

Antje Mertens

**Discussion Papers des Harriet Taylor Mill-Instituts für Ökonomie
und Geschlechterforschung der Hochschule für Wirtschaft und
Recht Berlin**

**Herausgeberinnen: Miriam Beblo, Claudia Gather, Madeleine Janke,
Friederike Maier und Antje Mertens**

Discussion Paper 15, 09/2011

ISSN 1865-9608

Download unter Publikationen: www.harriet-taylor-mill.de

Gender Accounting –
Eine methodisch-empirische Bestandsaufnahme
und konzeptionelle Annäherung

Julia Schneider

Miriam Beblo

Friederike Maier

*Das vorliegende Diskussionspapier basiert auf einer Expertise, die die Autorinnen im Auftrag der Sachverständigenkommission zur Erstellung des 1. Gleichstellungsberichts der Bundesregierung verfasst haben.

Autorinnen

Julia Schneider ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Harriet Taylor Mill-Institut der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Miriam Beblo ist Professorin für Institutionenökonomik und angewandte Mikroökonomik am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Friederike Maier ist Professorin für Verteilung und Sozialpolitik am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und Direktorin des Harriet Taylor Mill-Instituts.

Abstrakt

Diese Studie unternimmt eine methodisch-empirische Bestandsaufnahme zur geleisteten (bezahlten und unbezahlten) Arbeit von Frauen und Männern in Deutschland und ihren empfangenen Sozialleistungen. Daraus werden Vorschläge für ein Forschungsdesign „Gender Accounting“ entwickelt, welches die Bilanzierung eines durchschnittlichen Frauen- und Männerlebens erlaubt. Ziel dieser Bilanzierung ist es, Ansatzpunkte für sozialpolitische Maßnahmen unter Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden zu identifizieren.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Begriffsklärung	1
2. Bilanzierung eines Frauen- und Männerlebens in Deutschland	3
2.1 Bilanz eines bezahlten Arbeitslebens	3
2.1.1 Empirische Bestandsaufnahme	3
2.1.2 Simulationen des Lebenserwerbseinkommens	8
2.1.3 Makroökonomische Betrachtung	10
2.2 Bilanz eines unbezahlten Arbeitslebens	12
2.2.1 Empirische Bestandsaufnahme	12
2.2.2 Makroökonomische Betrachtung	13
2.3 Bilanz der Sozialleistungen	14
2.4 Haushaltsinterne Teilungsregeln („Sharing Rules“)	20
3. Datenquellen	21
3.1 Arbeitsmarktstatistiken	21
3.2 Sozio-ökonomisches Panel (SOEP)	21
3.3 Zeitbudgeterhebung	22
3.4 International Social Survey Programme (ISSP)	22
3.5 Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (pairfam)	22
3.6 Gesundheitsberichterstattung	23
3.7 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)	23
3.8 Datenquellen der Sozialversicherungsträger und anderer staatlicher Einrichtungen	24
4. Forschungsdesign eines „Gender Accounting“	24
5. Zusammenfassung	28
Literaturverzeichnis	30

1 Einleitung und Begriffsklärung

Die vorliegende Studie unternimmt den Versuch, eine methodisch-empirische Bestandsaufnahme zur geleisteten (bezahlten und unbezahlten) Arbeit von Frauen und Männern in Deutschland und ihren empfangenen Sozialleistungen zu entwickeln. Aufbauend auf der Bestandsaufnahme werden Vorschläge für ein „Gender Accounting“ entwickelt, welches die Bilanzierung eines durchschnittlichen Frauen- und Männerlebens erlaubt. Ziel dieser Bilanzierung ist es, Ansatzpunkte für sozialpolitische Maßnahmen unter Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden zu identifizieren. Mit diesem Ansatz unterscheidet sich unsere Studie von bisher entwickelten volkswirtschaftlichen Rechensystemen wie dem BIP oder anderen Ansätzen, die unseres Erachtens wenig geeignet sind, die Geschlechterdimensionen von (bezahlter und unbezahlter) Arbeit und damit verbundenen sozialen Sicherungssystemen abzubilden.

In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion wird der Begriff des „Gender Accounting“ im allgemeinen so verstanden, dass es sich um die systematische und regelmäßige Sammlung und Aufbereitung von Daten handelt, die aufgrund ihrer Geschlechterdifferenzierung geeignet sind, Unterschiede zwischen Männern und Frauen abzubilden. „Accounting“ beschreibt dabei den Prozess der Datensammlung und Datenaufbereitung, „Gender“ bedeutet, dass die Daten nach Frauen und Männern aufgeschlüsselt werden. „Gender Accounting“ kann also als ein Instrument zur Analyse von Geschlechterunterschieden verstanden werden – in vielen verschiedenen Kontexten. Gender Accounting findet man heute z.B. im Zusammenhang mit *Gender Budgeting* (siehe u.a. Färber et al., 2006), der *Gesellschaftliche Wohlfahrtsproduktion* und dem *BIP* (siehe z.B. Schaffer und Stahmer, 2006, Stiglitz, 2009), mit *Betrieblichem Accounting und Controlling* (siehe z.B. Becker, 2005, Janke 2008) und der *Private Haushaltsführung* (siehe z.B. Becker, 2005). Ein einflussreicher Kontext findet sich auch im Konzept des *Generational Accounting* aus der Forschung zur Nachhaltigkeit des deutschen Sozialsystems (siehe z.B. Kotlikoff und Raffelhüschen, 1999).¹

Die Notwendigkeit geschlechter-differenzierender Rechenwerke ist allgemein zwar allgemein anerkannt, jedoch nicht wirklich umgesetzt. Beispiel BIP: Um die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu messen, gibt es das Instrument des Bruttoinlandsprodukts BIP. In diesem werden die Güter und Dienstleistungen privatwirtschaftlicher und öffentlicher Anbieter erfasst, die über Märkte gehandelt werden. Die Kritik am BIP als Wohlfahrtsindikator hat eine lange Tradition, sie ist substantiell weitreichend. Aktuell wird diese Diskussion wiederbelebt durch eine Studie im Auftrag der französischen

¹ In unserer Expertise für den Gleichstellungsbericht (Schneider et al., 2010) sind diese Kontexte ausführlicher erläutert.

Regierung (vgl. Stiglitz et al., 2009). Versuche umfassenderen Accountings haben zur Entwicklung von Satellitensystemen geführt und zur Entwicklung anderer Indikatorensysteme (Sustainability Index, Human Development Index etc.). Zurzeit verfolgt zudem die EU, gemeinsam mit anderen Partnern, das Projekt „Beyond the GDP“, das ein im Wesentlichen um Nachhaltigkeitskriterien – erweitertes Accounting verbindlich machen soll. Die Studie von Stiglitz et al. ist dazu ein wesentlicher Baustein. Gender Aspekte sind darin nicht systematisch integriert, obwohl Gender Equality als ein möglicher Indikator diskutiert wird. Welche Indikatoren zur Gender Equality mit welchen Unterpunkten aufgenommen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht entschieden. Unklar ist auch, inwieweit solche Aspekte wie die ökonomische Bedeutung und der „Wert“ der unbezahlten Arbeit systematisch aufgenommen werden. Die Integration der unbezahlten Arbeit in die volkswirtschaftlichen Analysen war ein Anliegen des schon Mitte der 70er Jahre begonnenen „accounting projects“ vieler nationaler und internationaler Institutionen (Beneria, 2003). Die Initiativen zur Erweiterung der Erfassung ökonomischer Leistungen jenseits des Marktes (und jenseits des BIP) bezogen ihre Legitimation auch aus einem zunehmenden Bewusstsein für die gesellschaftliche Relevanz der im Wesentlichen von Frauen geleisteten unbezahlten Arbeit. Dabei ging und geht es darum, die unbezahlte Arbeit sowohl in der Subsistenzwirtschaft, in der informellen Arbeit, in der Hausarbeit und im Ehrenamt zu erfassen und zu bewerten. Viele Problemstellungen, die heute im Kontext des Gender Budgeting Prozess diskutiert werden, wurden durch die Analysen zur Relevanz der unbezahlten Hausarbeit erst sichtbar und politisierbar. Diskussionen über die Etablierung eines dauerhaften Satellitensystems zur unbezahlten Arbeit werden aktuell nur vereinzelt geführt, obwohl solche Analysen mit Hilfe der Zeitbudgetuntersuchungen möglich sind. Sowohl national als auch EU-weit vergleichend können die geschlechtsspezifischen Anteile bezahlter und unbezahlter Arbeit heute dokumentiert und analysiert werden. Für Deutschland lassen sich dabei sogar zwei Zeitpunkte vergleichen (Schäfer, 2004). Die Zeitbudgetstudien haben darüber hinaus einen Bezug zum Lebensverlauf, da sie detaillierte Angaben über die Zeitverwendung von Männern und Frauen in verschiedenen Lebensabschnitten erlauben. Mit der Studie von Schaffer und Stahmer (2006) liegt zudem ein konzeptionell und empirisch aufbereitetes „Gender-BIP“ vor, das den gesamtwirtschaftlichen Umfang bezahlter und unbezahlter Arbeit sowohl zeitlich als auch in monetären Dimensionen misst.

Unser Vorschlag für ein Gender Accounting bezieht sich nicht auf das BIP, sondern wir entwickeln, wie ein Gender Accounting angelegt werden müsste, das die gesamte, bezahlte und unbezahlte Arbeit von Männern und Frauen und die damit verknüpften Sozialleistungen in den Blick nimmt. Wir gehen wie folgt vor: In Kapitel 2 stellen wir empirische Ergebnisse zu bezahlter und unbezahlter Arbeit von Frauen und Männern in Deutschland, zum Umfang von Sozialleistungen und zur haushaltsinternen Teilungsregel des Einkom-

mens dar. In Kapitel 3 beschreiben wir die einschlägigen Datensätze. Auf dieser Grundlage entwickeln wir in Kapitel 4 Überlegungen zu einem Forschungsdesign eines umfassenden „Gender Accounting“ für Deutschland. Kapitel 5 fasst unsere Studie zusammen und bietet einen Ausblick.

2 Bilanzierung eines Frauen- und Männerlebens in Deutschland

2.1 Bilanz eines bezahlten Arbeitslebens

Empirisch gesichert weiß man, dass Männer in Deutschland a) häufiger, b) in größerem Umfang, c) mit selteneren Unterbrechungen, d) besser bezahlt, und e) besser sozial abgesichert in Erwerbsarbeit sind als Frauen. In der Konsequenz generieren Frauen über den gesamten Lebenszyklus deutlich weniger Erwerbseinkommen als Männer. Ein großer Teil der Einkommensunterschiede entsteht dadurch, dass Frauen Kinder betreuen und deshalb ihre Erwerbstätigkeit verringern oder ganz unterbrechen, wobei eine solche Reduzierung der Erwerbstätigkeit auch Auswirkungen auf zukünftige Verdienstmöglichkeiten hat.

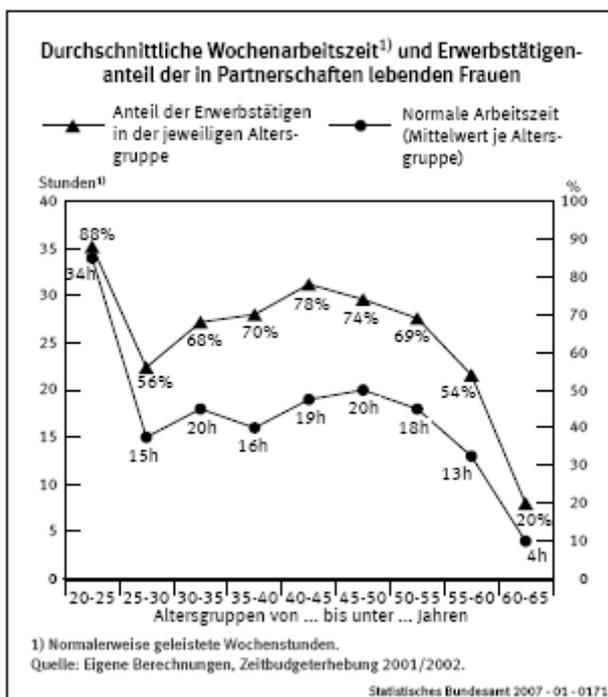
2.1.1 Empirische Bestandsaufnahme

Die Erwerbsquote, d.h. der Anteil aller Erwerbstätigen und -losen an allen 15- bis unter 65-jährigen Personen, ist bei Männern generell höher als bei der Frauen. Von den Männern waren Anfang 2008 bundesweit 82 Prozent erwerbstätig oder suchten eine Arbeit, im Vergleich zu 71 Prozent der Frauen (BA, 2008a). Dabei gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Frauen. Im Osten war die Erwerbsquote der Frauen 2006 mit 73 Prozent weiterhin erheblich höher als im Westen mit 67 Prozent. Die Quoten der Männer unterscheiden sich dagegen kaum (2006: Ost: 80 Prozent; West: 81 Prozent) (BA, 2007). Auffällig ist, dass sich die Erwerbsneigung von Frauen in den letzten Jahrzehnten merklich verändert hat, vor allem in Westdeutschland und in den verschiedenen Alterskohorten. In Westdeutschland ist die Erwerbsquote der Frauen gestiegen, und zwar zwischen 1991 und 2006 von 57 Prozent auf 67 Prozent, während sie sich in Ostdeutschland von 75 Prozent auf 73 Prozent verringert hat (BA, 2007). Die Erwerbsbeteiligung der 15- bis unter 20-jährigen Frauen sank im selben Zeitraum von 36 Prozent auf 28 Prozent (Männer: von 44 Prozent auf 34 Prozent), während die Erwerbsquote von Älteren zugenommen hat, und zwar insbesondere bei Frauen. So ist bei weiblichen 55- bis unter 60-Jährigen und bei 60- bis unter 65-Jährigen die Erwerbsquote von 1991 bis 2006 von 41 Prozent auf 66 Prozent bzw. von 10 Prozent auf 24 Prozent gestiegen (BA, 2007).

Für eine Analyse der Erwerbseinkommen im Lebenszyklus ebenso relevant sind Ergebnisse von Vogel (2007), der die durchschnittliche Wochenarbeitszeit über den Lebenszyklus

auf Basis der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 errechnet. Vogel identifiziert drei Lebensphasen bei Frauen, die das durchschnittliche Arbeitsangebot beeinflussen: zunächst eine hohe Erwerbsbeteiligung bei Berufseintritt, gefolgt vom zeitweiligen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (wegen Geburt oder Erziehung von Kindern) und schließlich ein Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit. In der Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen zeigt Abbildung 1 für die in Partnerschaften lebenden Frauen einen hohen Anteil von Erwerbstätigen sowie ein hohes durchschnittliches Arbeitsstundenangebot. 25-bis 40-jährige Frauen bieten dagegen seltener und in geringerem Umfang ihre Arbeitskraft an. In den Altersgruppen zwischen 40 und 50 Jahren erreichen das Arbeitsstundenangebot und der Anteil der Erwerbstätigen erneut ein Maximum.

Abbildung 1: Durchschnittliche Wochenarbeitszeit und Erwerbstätigenanteil der in Partnerschaften lebenden Frauen



Quelle: Vogel (2007)

Männer sind nicht nur häufiger erwerbstätig, sie wenden auch einen größeren Anteil ihrer Zeit dafür auf (siehe auch Kapitel 2.2). Teilzeitbeschäftigung ist immer noch, wenn auch mit rückläufigem Anteil, eine Frauendomäne. Im Juni 2007 waren 84 Prozent der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten weiblich (2000: 86 Prozent), und nur 16 Prozent männlich (BA, 2008a). Die Teilzeitquote der Frauen lag 2007 bei 33 Prozent, die der Männer bei 5 Prozent. Auch bei der geringfügigen Beschäftigung stellten die Frauen im Jahr 2007 mit 68 Prozent aller ausschließlich geringfügig Beschäftigten den eindeutig größeren Teil. In der Gruppe derer, die ihre geringfügige Beschäftigung als Nebenjob ausüben, sind Frauen zu 57 Prozent vertreten (BA, 2008a).

Der „Gender Pay Gap“ ist auch in Deutschland nach wie vor zu finden: Frauen verdienen im Schnitt weniger als Männer. Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes verdienten Frauen im öffentlichen Bereich 2009 rund sieben Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Verdienstabstand in der Privatwirtschaft war etwa dreimal so hoch. Hier lagen Frauen 23 Prozent unter dem Verdienst der Männer (Statistisches Bundesamt 2011). Ein Grund für den „Gender Pay Gap“ wird in der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes gesehen: Frauen arbeiten seltener in gut bezahlten Führungspositionen (insbesondere in der Privatwirtschaft) und häufiger in einem engeren Spektrum an Berufen als Männer.

Gleichzeitig sind die Bereiche, in denen Frauen tätig sind, gesellschaftlich oft geringer angesehen und vergütet. Während Frauen rund 80 Prozent der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen ausmachen sowie gut zwei Drittel der Beschäftigten im Erziehungs- und Unterrichtssektor stellen, weisen Männer hohe Beschäftigungsanteile im industriellen Sektor auf. Sie stellen dort rund drei Viertel aller Beschäftigten (BA, 2008a). In Ostdeutschland üben Frauen allerdings häufiger Berufe im primären und sekundären Sektor aus als in Westdeutschland (BA, 2008a). Ein weiterer Grund für den „Gender Pay Gap“ ist, dass Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung im Vergleich zur Vollzeitarbeit meist schlechter bezahlt wird, und diese, wie oben dargelegt, hauptsächlich von Frauen ausgeübt wird.

Eine weitere Ursache für Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern kann Diskriminierung sein. Gary Becker prägte in den Wirtschaftswissenschaften den Ausdruck „taste for discrimination“. Demnach können sowohl ArbeitgeberInnen, aber auch KundInnen und KollegInnen ein Interesse daran haben, dass Frauen zu einem relativ geringeren Lohnsatz als Männer beschäftigt werden. Des Weiteren spricht man von „statistischer Diskriminierung“, wenn sich beispielsweise ArbeitgeberInnen bei Einstellungen auf stereotype Geschlechtervorstellungen beziehen, um den Ausschluss, die geringere Entlohnung oder die niedrigeren Aufstiegschancen von Frauen zu rechtfertigen (vgl. aktuell die Studie von Holst und Busch 2009 zu Frauen in Führungspositionen).

Schließlich bedingen Kinderbetreuung und andere familiäre Aufgaben bei Frauen häufiger als bei Männern Erwerbsunterbrechungen, die erhebliche Einkommenseinbußen zur Folge haben. Kasten (2008) gibt einen chronologischen Überblick über die Ergebnisse zahlreicher Studien für Deutschland, in denen Einkommenseffekte von Erwerbsunterbrechungen untersucht werden, wir haben diese Übersicht um weitere neuere Studien ergänzt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Studien zu den Einkommenseffekten von Erwerbsunterbrechungen für Deutschland (1991-2009)

Studie	Datenbasis	Ausgewählte Ergebnisse
Lauterbach (1991)	1981-1983, Erhebung des Max-Planck-Instituts	Ein Vergleich unterschiedlicher Alterskohorten zeigt, dass Frauen im Zeitverlauf zu immer kürzeren Erwerbsunterbrechungen tendieren.
Galler (1991)	1984-1988, SOEP (West)	Erwerbsunterbrechungen führen zu höheren Einkommenseinbußen als Teilzeitarbeitsphasen.
Licht und Steiner (1991a)	1984-1988, SOEP (West)	Die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbspause sowie die durchschnittliche Dauer einer Nichterwerbstätigkeitsphase ist für Frauen deutlich höher als für Männer.
Licht und Steiner (1991b)	1984-1989, SOEP (West)	Eine einjährige Erwerbsunterbrechung führt bei Männern im Durchschnitt zu höheren Einkommensverlusten als bei Frauen.
Licht und Steiner (1992)	1984-1989, SOEP (West)	Langfristig (d.h. auch noch drei Jahre danach) ergibt sich für Männer durch eine einjährige Erwerbsunterbrechung ein Einkommensverlust in Höhe von 3,6%, während die Einkommenseinbuße bei Frauen im Durchschnitt lediglich 2,4% beträgt.
Beblo und Wolf (2000), Beblo und Wolf (2002a)	1998, SOEP (West)	Erwerbspausen zu Beginn des Berufslebens haben geringere Einkommenseinbußen zur Folge als Unterbrechungen in späteren Phasen der Karriere.
Beblo und Wolf (2002b)	1990-1995, IABS (West)	Während der negative Lohneffekt von Männern primär auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, resultieren die Einkommensverluste von Frauen vor allem aus familiär bedingten Erwerbspausen.
Kunze (2002)	1981-1997, IABS (West)	Die stärkste Einkommenseinbuße zeigt sich bei jüngeren Frauen nach einer kinderbedingten Erwerbsunterbrechung. Arbeitslosigkeit bewirkt geschlechtsunabhängig einen sehr geringen Einkommensverlust.
Ondrich, Spieß und Yang (2002)	1984-1989, 1990-1994, SOEP (West)	Jeder zusätzliche Monat Erziehungsurlaub führt in den ersten fünf Jahren nach Wiederaufnahme einer Beschäftigung zu einer 1.5%igen Reduktion des Lohnsatzes.
Beblo und Wolf (2003)	1990-1995, IABS (West)	20% des geschlechtsspezifischen Lohndifferenzials lassen sich durch unterschiedliche Diskontinuitäten in den Erwerbsverläufen von Frauen und Männern erklären.
Ziefle (2004)	1984-1999, SOEP (West/Ost)	Die negativen Folgen von Erziehungsurlaub wirken sich nicht direkt bei Wiederaufnahme einer Beschäftigung aus, sondern führen vor allem mittel- und langfristig zu verminderten Karrierechancen von Müttern.
Kasten (2008)	1992-2004, SOEP (West/Ost)	Das Einkommen ost/westdeutscher Männer wird am stärksten durch die kumulierte Arbeitslosigkeitsdauer beeinflusst (-5/7% bis -12/10% pro Jahr), weniger durch nichtarbeitslosigkeitsbedingter Phasen, das westdeutscher Frauen nur durch kumulierte Nichterwerbstätigkeitsphasen (-4% bis -10% pro Phase). Ostdeutsche Frauen erleiden die höchsten arbeitslosigkeitsbedingten Einbußen

		(-8% bis -18%), aber haben auch Einbußen durch nichtarbeitslosigkeitsbedingte Pausen.
Beblo, Bender und Wolf (2009)	1985-1999, IABS (West)	Erwerbsunterbrechungen aufgrund der Geburt des ersten Kindes führen im unternehmensinternen Vergleich zu einer Einbuße von 19%.
Boll 2009 (a und b)	1984 – 2005 SOEP (West)	Schätzungen von Einkommenseinbußen von Frauen mit Erwerbsunterbrechungen gegenüber Frauen ohne Unterbrechung, nach Qualifikation, Dauer der Unterbrechung, Arbeitszeit bei Wiedereintritt

Quelle: Kasten (2008): 23f. und eigene Ergänzungen.

Die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbsunterbrechung sowie die durchschnittliche Dauer einer Nichterwerbstätigkeitsphase ist für Frauen eindeutig höher als für Männer (Licht und Steiner, 1991a), auch wenn Erwerbsunterbrechungen im Zeitverlauf kürzer werden (Lauterbach, 1991). Zwischen diesen Erwerbsunterbrechungen und der individuellen Einkommensentwicklung besteht sowohl kurz-, als auch mittel- und langfristig ein negativer Zusammenhang (bspw. Licht und Steiner, 1991, Ziefle, 2004). Das Gros der Literatur deutet darauf hin, dass die monetären Verluste solcher Erwerbsunterbrechungen bei Frauen besonders mit familiär bedingten Erwerbsunterbrechungen und bei Männern besonders mit Arbeitslosigkeitsphasen korrelieren (Beblo und Wolf, 2002b). Dies scheint insbesondere in Westdeutschland der Fall zu sein (Kasten, 2008). Erwerbsunterbrechungen aufgrund der Geburt des ersten Kindes führen im unternehmensinternen Vergleich zu einer Einbuße von 19 Prozent (Beblo, Bender und Wolf, 2009). Die häufigeren Erwerbsunterbrechungen von Frauen verstärken den genderspezifischen Lohnunterschied, so dass sich 20 Prozent des geschlechtsspezifischen Lohndifferenzials durch unterschiedliche Diskontinuitäten in den Erwerbsverläufen von Frauen und Männern erklären lassen (Beblo und Wolf, 2003). Der Vergleich zwischen Frauen mit und ohne Erwerbsunterbrechung zeigt erhebliche Einkommensverluste, welche mit dem Qualifikationsniveau der Frauen, der Dauer der Unterbrechung und der Arbeitszeit bei Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit variieren (Boll, 2009 a und b).

Die soziale Absicherung von erwerbstätigen Frauen ist schlechter als die der Männer. Das liegt zum einen an den geringeren Bruttomonatslöhnen, die aus der geringeren Arbeitszeit und den niedrigeren Löhnen resultieren. Zum anderen sind weniger Frauen als Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, was sich bereits bei den Zahlen über die sozialversicherungsfreie, geringfügige Beschäftigung andeutete: Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag im Juni 2007 bei 45 Prozent (BA, 2008a). Wird Ostdeutschland allein betrachtet beträgt der Anteil 50 Prozent.

Die Zahl der Arbeitslosen ist etwa ausgeglichen zwischen den Geschlechtern: Unter den 3,3 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2008 waren 49 Prozent Frauen (BA, 2008b). Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle abhängigen zivi-

len Erwerbspersonen lag im selben Jahr bei 8,6 Prozent für Männer und 8,9 Prozent für Frauen. Nach wie vor gibt es erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. In Ostdeutschland betrug die Arbeitslosenquote bei Frauen 14,5 Prozent und bei Männern 14,8 Prozent, in Westdeutschland bei Frauen 7,4 Prozent und bei Männern 7,0 Prozent.

2.1.2 Simulationen des Lebenserwerbseinkommens

Nach der obigen Darstellung ist offensichtlich, dass sich das Erwerbsverhalten von Männern und Frauen merklich unterscheidet. Dies bedingt unterschiedliche Jahreserwerbseinkommen, aber auch Lebenserwerbseinkommen, die ja dem Gesamtmarktwert der bezahlten Arbeit im Lebenszyklus entsprechen. Da keine Daten vorliegen, mit denen eine Berechnung der tatsächlichen Lebenserwerbseinkommen von Frauen und Männern möglich ist, werden in der mikroökonomischen Literatur typische Erwerbsverläufe und die dazugehörigen Einkommen simuliert.

Tabelle 2: Simulationsstudien zu Lebenserwerbseinkommen in Deutschland

Studie	Datenbasis	Ausgewählte Ergebnisse
Seel und Hufnagel (2000)	1998 SOEP West	Frauen ohne Kinder verdienen etwa 86% bis 88% der Bruttoentgelte von Männern („Gender Effect“= etwa 13%punkte); Frauen mit zwei Kindern nur rund 70% („Mother Effect“= etwa 17%punkte).
Hufnagel (2002)	1999 SOEP	Frauen ohne Kinder verdienen etwa 87% der Bruttoentgelte von Männern („Gender Effect“=13%punkte); Frauen mit Kindern etwa 65% („Mother Effect“=22%punkte).
Strengmann-Kuhn und Seel (2004)	1991-2000 SOEP West	Frauen mit geringer/mittlerer/hocher Bildung verdienen 30/16/19% weniger als bildungsgleiche Männer. Bei geringer Bildung teilen sich „Gender Effect“ und „Mother Effect“ in etwa gleich auf; bei den höheren Bildungsgruppen überwiegt der „Mother Effect“. 70% des „Mother Effect“ durch geringeres Einkommen durch die verringerte Erwerbsbeteiligung während der Kinderbetreuungsphase, 30% durch geringeren Stundenlohn nach Wiederaufnahme einer Vollzeitberufstätigkeit. Durch Steuern und staatliche Transfers können die Unterschiede verringert werden auf 15/ 3/ 7% je nach Bildung. Das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen von Familien mit Kindern beträgt rund 18% weniger als in Familien ohne Kinder.

Quelle: Eigene Darstellung, angelehnt an Strengmann-Kuhn und Seel (2004).

Seel und Hufnagel (2000) verfassten die erste Studie für Deutschland, die den Gesamteffekt einer Erwerbsunterbrechung auf das Lebenseinkommen abschätzt, indem sie Erwerbsverläufe von drei Berufsgruppen simuliert (Angestellte, AbteilungsleiterInnen und ManagerInnen). Die Analysen beschränken sich auf das Bruttoerwerbseinkommen, wobei die Erwerbsbiographie vorgegeben wird und die Lohngleichung auf Basis des SOEP West von 1998 geschätzt wird; eine Steuer-Transfersimulation wurde nicht durchgeführt. Ergebnis dieser Studie ist, dass Frauen im gesamten Erwerbsleben zwischen 342.000 (Angestellter/Angestellte ohne Kinder) und 1.766 Million DM (Manager/Managerin mit zwei Kindern) brutto weniger als Männer verdienen. Frauen ohne Kinder verdienen etwa 86 Prozent bis 88 Prozent von dem, was Männer verdienen („Gender Effect“ = etwa 13 Prozentpunkte); Frauen mit zwei Kindern nur rund 70 Prozent („Mother Effect“ = etwa 17 Prozentpunkte).

Hufnagel (2002) knüpft methodisch direkt an die Studie von Seel und Hufnagel (2000) an, erweitert aber die Datengrundlage (SOEP 1999) um die Gastarbeiter-, Ostdeutschen- und Zugangsstichprobe und führt eine Steuer-Transfersimulation durch. Hufnagel konstruiert zwei Bildungstypen: Personen mit Realschulabschluss plus Fachschule (Fachbildung) und HochschulabsolventInnen (akademische Bildung). Ergebnis ist, dass Frauen brutto zwischen 127.000 Euro (Fachbildung, Frau ohne Kinder) und 439.000 Euro (akademische Bildung, Frau mit Kindern) im Leben weniger als Männer verdienen, also etwa 65 Prozent des männlichen Bruttolebensinkommens. Frauen ohne Kinder verdienen etwa 87 Prozent des männlichen Bruttolebensinkommens („Gender Effect“ = 13 Prozentpunkte) und Frauen mit Kindern etwa 65 Prozent („Mother Effect“ = 22 Prozentpunkte). Zusätzlich berechnet Hufnagel, wie sich das Steuersystem auf die indirekten Kosten von Kindern, den „Mother Effect“, auswirkt, und geht dabei von einer gemeinsamen Veranlagung und zwei Szenarien aus: Einmal übernimmt die Frau allein die Kinderbetreuung, einmal teilt sich das Paar diese. Für das zweite Szenario ermittelt Hufnagel Einkommensverluste, was die ökonomischen Anreize für Frauen unterstreicht, allein die Kinderbetreuung zu übernehmen.

Strengmann-Kuhn und Seel (2004) nutzen mehr Wellen des SOEP (1991 bis 2000) und erweitern die beiden vorangegangenen Studien um die empirische Schätzung typischer Erwerbsverläufe und den Wechsel des Familienstandes über den Erwerbsverlauf. Allerdings werden Erwerbsunterbrechungen oder Arbeitszeitreduktionen, die nicht durch Kindererziehungszeiten sondern zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit bedingt werden, nicht berücksichtigt in der Berechnung. Zum Zweck der Simulation des Lebenserwerbseinkommens simulieren Strengmann-Kuhn und Seel typische Erwerbsverläufe für 17- bis 65-Jährige, indem sie für jedes Lebensjahr den durch eine Lohngleichung berechneten, erzielbaren Lohnsatz mit der Erwerbsbeteiligung multiplizieren. Das geschieht getrennt

für drei verschiedenen Bildungstypen, für Männer und Frauen, und für Personen ohne Kinder und mit zwei Kindern in stabilen Ehen.

Folgende Annahmen liegen allen Bildungstypen zugrunde: zuerst ist eine Person in Ausbildung, tritt dann ins Erwerbsleben ein, heiratet danach in eine stabile Ehe und bekommt zwei Kinder. Strengmann-Kuhn und Seel errechnen, dass die Differenzen im Bruttolebenserwerbseinkommen zwischen Frauen und Männern erheblich sind und über die Bildungsgruppe variieren. Frauen mit geringer Bildung (Hauptschulabschluss mit Berufsabbildung) verdienen rund 600.000 DM (30 Prozent) weniger als Männer mit geringer Bildung, Frauen mit mittlerer Bildung (Realschulabschluss oder Abitur plus Berufsausbildung) verdienen 350.000 DM (16 Prozent) weniger als Männer mit mittlerer Bildung, und Frauen mit hoher Bildung (Hochschulabschluss) verdienen 550.000 DM (19 Prozent) weniger als Männer mit hoher Bildung.

Bei geringer Bildung teilen sich „Gender Effect“ und „Mother Effect“ in etwa gleich auf; bei den höheren Bildungsgruppen überwiegt der „Mother Effect“. Der „Mother Effect“ beruht auf zwei Dingen: 70 Prozent des Effekts sind dem geringeren Einkommen durch die verringerte Erwerbsbeteiligung während der Kinderbetreuungsphase geschuldet, 30 Prozent entstehen durch den geringeren Stundenlohn nach Wiederaufnahme einer Vollzeit-erwerbstätigkeit. Durch Steuern und staatliche Transfers können die Unterschiede verringert werden. Unterstellt man getrennte Veranlagung zur Einkommenssteuer und dass das gesamte Kinder- und Erziehungsgeld an die Frauen geht, reduziert sich der relative Abstand zu den Männern von 30 Prozent auf 15 Prozent bei geringer Bildung, 16 Prozent auf 3 Prozent bei mittlerer Bildung und 19 Prozent auf 7 Prozent bei hoher Bildung. Betrachtet man das Nettoäquivalenzeinkommen von Familien mit Kindern und ohne Kinder bei gemeinsamer Veranlagung zur Einkommenssteuer, zeigt sich, dass der Einkommensverlust, der durch Kinder entsteht, durch Steuern und Transfers nicht ausgeglichen wird; das durchschnittlich Nettoäquivalenzeinkommen beträgt zwischen 17 und 18 Prozent weniger als in Familien ohne Kinder.

2.1.3 Makroökonomische Betrachtung

Neben der obigen mikroökonomischen Betrachtung, bei der die Analyse des Verhaltens einzelner Akteure im Zentrum steht, kann man den Wert der von Männern und Frauen verrichteten bezahlten Arbeit auch makroökonomisch analysieren (für eine ausführliche Beschreibung siehe Maier, 2004), zum Beispiel, indem man die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme für einen gegebenen Zeitraum getrennt für Männer und Frauen ausweist. Momentan wird diese Information nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes jedoch nicht erhoben.

Eine ungefähre Vorstellung von der von Frauen und Männern in einem Jahr geleisteten bezahlten Arbeit bekommt man, wenn man die Gesamterwerbsstunden eines Jahres prozentual gemäß der Erwerbswochenstunden pro Geschlecht betrachtet und mit den jeweiligen Bruttostundenlöhnen multipliziert. Eine aktuelle Studie des IAB zeigt, dass im Jahr 2008 58 Milliarden Arbeitsstunden geleistet wurden (Bach et al., 2009). Laut Zeitbudgeterhebung 2001/02 waren Männer im Durchschnitt 22,5 Stunden pro Woche erwerbstätig und Frauen 12 Stunden (Schäfer, 2004). Setzt man diese Zahlen zueinander ins Verhältnis und unterstellt ein etwa konstantes Geschlechterverhältnis in den Erwerbsstunden, so leisteten Frauen im Jahr 2001 35 Prozent des gesamten Arbeitsvolumens. Wanger (2006) ermittelt für 2004 eine vergleichbare Größe auf Basis der IAB-Arbeitszeitrechnung. Nach ihren Berechnungen trugen Frauen im Jahr 2004 39% zum *gesamtwirtschaftlichen* Arbeitsvolumen in Deutschland bei. Nehmen wir die obigen Werte als Richtlinien für unsere Schätzung, können wir also davon ausgehen, dass Männer grob 61% der Erwerbsarbeit im Jahr leisten, also etwa 35,4 Milliarden Stunden (vgl. Frauen: 22,6 Milliarden Stunden).

Der durchschnittliche Bruttostundenlohn im Jahr 2006 betrug 13,91 Euro für Frauen und 17,99 Euro für Männer (Statistisches Bundesamt, 2006). Unterstellen wir keine dramatischen Veränderungen in den Jahren zwischen 2004 und 2008, können wir davon ausgehen, dass Frauen im Durchschnitt der letzten Jahre rund 310 Milliarden Euro brutto verdienen, und Männer rund 640 Milliarden Euro, insgesamt also 950 Milliarden Euro. Diese Summe erscheint nicht gänzlich unplausibel, zieht man als Vergleich die 995 Milliarden Euro heran, die vom Statistischen Bundesamt als Summe der Bruttolöhne und -gehälter in Deutschland für das Jahr 2008 ausgewiesen werden. Setzt man nun noch die 310 Milliarden Euro der von Frauen geleisteten bezahlten Arbeit ins Verhältnis zu den 640 Milliarden Euro der von Männern geleisteten Arbeit, haben Frauen im Jahr 2008 geschätzte 33% der gesamten Bruttolohnsumme für 39% der gesamten Erwerbsstunden erhalten, bzw. 48% der Bruttolohnsumme der Männer. Wie dargelegt, beziehen sich diese Eckwerte allerdings auf Durchschnittszahlen *aller* Männer und Frauen *in einem Jahr*; das erklärt die Differenz zu den Ergebnissen der mikroökonomischen Simulationsstudien, die zeigen, dass Frauen *im Lebenszyklus* zwischen 30% und 16% weniger verdienen als Männer *gleichen Alters mit gleicher Bildung* (siehe oben).

2.2 Bilanz eines unbezahlten Arbeitslebens

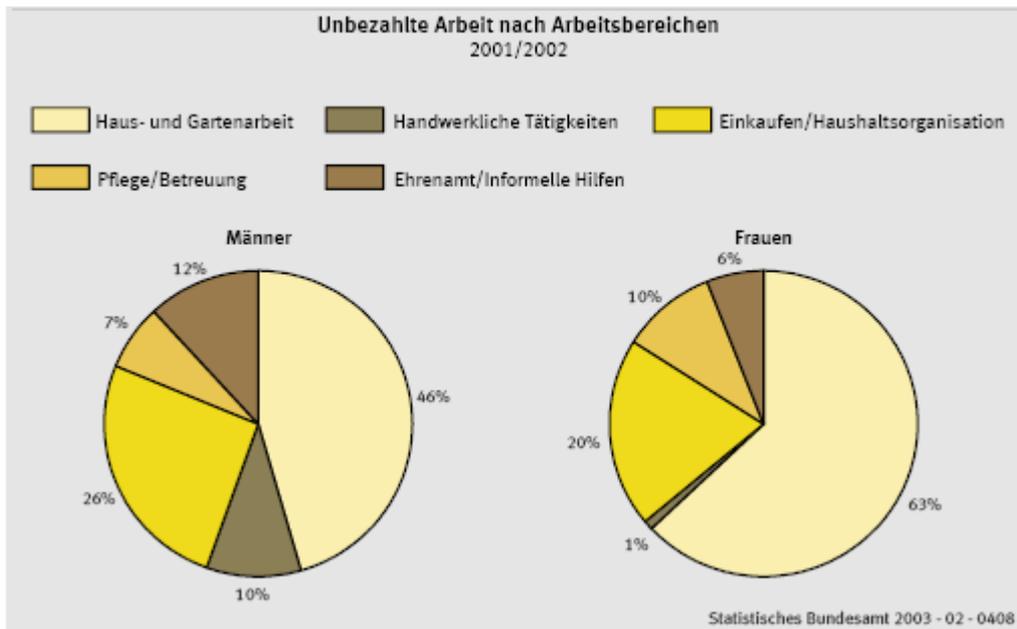
Um den Gesamtwert der von Frauen und Männern geleisteten Arbeit zu quantifizieren, benötigen wir nun außerdem Informationen über den Umfang und Wert der unbezahlt geleisteten Arbeit, sowohl über den Lebenszyklus als auch im Bevölkerungsdurchschnitt. Um unbezahlte Arbeit von persönlichen oder Freizeitaktivitäten abzugrenzen, bedient man sich üblicherweise des „Dritt-Personen-Kriteriums“ (Schäfer, 2004). Das Dritt-Personen-Kriterium besagt, dass Tätigkeiten dann als (bezahlte oder unbezahlte) Arbeit im ökonomischen Sinn gelten, wenn sie auch von Dritten gegen Bezahlung übernommen werden könnten. Demnach sind Tätigkeiten wie Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und Ehrenämter unbezahlte Arbeit.

2.2.1 Empirische Bestandsaufnahme

Im gesellschaftlichen Durchschnitt umfasst die unbezahlte Arbeit mehr Stunden als die bezahlte Arbeit. Frauen leisteten im Jahr 2001 knapp 31 Stunden unbezahlte Arbeit die Woche, Männer 19,5 Stunden (Statistisches Bundesamt, 2003). Insgesamt arbeiteten Frauen – bezahlt und unbezahlt – etwa 43 Stunden die Woche, Männer 42 Stunden. Gehen wir von einem etwa ausgeglichenen Geschlechterverhältnis in der Population aus, so leisteten Frauen rund 61 Prozent der unbezahlten Arbeit. Abbildung 2 zeigt, wie Männer und Frauen ihre unbezahlte Arbeit aufteilen.

Demnach arbeiten Frauen 63 Prozent ihrer unbezahlten Arbeitszeit in Haus und Garten, Männer 46 Prozent; vor allem kochen, spülen und putzen sie in dieser Zeit (Statistisches Bundesamt, 2003). Der zweitgrößte Zeitblock ist Einkauf und Haushaltsorganisation. Haus- und Gartenarbeit, Einkaufen und die Haushaltsorganisation machen damit bei den Frauen 83 Prozent und bei den Männern 71 Prozent der unbezahlten Arbeit aus. Umgerechnet in Wochenstunden bedeutet dies rund 26 Stunden für Frauen und rund 14 Stunden für Männer. 10 Prozent der unbezahlten Arbeitszeit wenden Frauen für Pflege und Betreuung von Kindern und Angehörigen auf (d.h. etwa 3,1 Wochenstunden), Männer 7 Prozent (etwa 1,4 Wochenstunden). Für ehrenamtliche Tätigkeiten und informelle Hilfeleistungen wenden Frauen 6 Prozent und Männer 12 Prozent ihrer unbezahlten Arbeitszeit auf (Statistisches Bundesamt, 2003). Das sind 1,9 Stunden pro Woche für Frauen und 2,3 Stunden für Männer.

Abbildung 2: Unbezahlte Arbeit nach Arbeitsbereichen und Geschlecht



Quelle: Statistisches Bundesamt (2003).

Der Umfang unbezahlter Arbeit scheint sich etwas anzugleichen zwischen Männern und Frauen: Im Vergleich zu 1991/1992 arbeiten Frauen 28 Minuten weniger am Tag unbezahlt, bei Männern hat sich nichts verändert. Allerdings weist Schäfer (2004) darauf hin, dass die Reduktion der unbezahlten Arbeit stärker durch eine verbesserte, technische Ausstattung der Haushalte, weniger Kinder und eine Verlagerung von unbezahlter Arbeit in den Marktbereich zustande kommt als durch eine verstärkte Übernahme vorhandener Arbeiten durch Männer. Simulationsstudien zum Umfang unbezahlter Arbeit über den Lebenszyklus sind nicht bekannt.

Eine empirisch fundierte lebenslaufbezogene Simulation der unbezahlten Arbeit wäre erforderlich, um sie zu den entsprechenden Simulationsstudien zum Lebenserwerbsverhalten in Beziehung setzen zu können. Dies ist eine wesentliche Lücke in der empirischen Forschung.

2.2.2 Makroökonomische Betrachtung

Der Umfang an unbezahlter Arbeit einschließlich der dafür erforderlichen Wegezeiten betrug im Jahr 2001 96 Milliarden Stunden (Statistisches Bundesamt, 2003). Damit wurde das 1,7-fache an Zeit für unbezahlte Arbeit im Vergleich mit bezahlter Arbeit aufgewen-

det. Um das Jahresvolumen an unbezahlter Arbeit monetär zu bewerten, müssen Annahmen über das Stundenlohnkonzept und die Stundenlohnhöhe getroffen werden.²

Schäfer (2004) verwendet in seiner makroökonomisch ausgerichteten Berechnung unbezahlter Arbeit den Nettolohn einer/s vollverantwortlichen, selbständig wirtschaftenden Hauswirtschafter/in ohne Ausfallzeiten (d.h. ohne Urlaubs-, Krankheits- und Feiertagen), was im Jahr 2001 zu einem Wert an unbezahlter Arbeit von 684 Milliarden Euro führt. Legt man die tatsächlichen Bruttolöhne inklusive der Ausfallzeiten, also die Lohnkosten, als Lohngröße zugrunde, steigt der Wert unbezahlter Arbeit auf 1.502 Milliarden Euro im selben Jahr. Die Bewertung mit dem Durchschnittslohn aller ArbeitnehmerInnen führt zum höchsten Wert (rund 2.250 Milliarden Euro im Jahr 2001). Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis des geschlechtsspezifischen Anteils an unbezahlter Arbeit, erhält man den Wert der von Frauen und Männern geleisteten unbezahlten Arbeit. Demnach leisteten Frauen (je nach Berechnungsart) zwischen 417 (Lohn der Hauswirtschafterin) und 1.373 Milliarden Euro (Durchschnittslohn aller ArbeitnehmerInnen) an unbezahlter Arbeit im Jahr 2001, und Männer zwischen 276 und 878 Milliarden Euro.

Zusammengefasst erbrachten Frauen im Durchschnitt etwa 310 Milliarden Euro an bezahlter Arbeit und zwischen 420 und 1.370 Milliarden Euro an unbezahlter Arbeit jährlich. Männer leisteten etwa 640 Milliarden Euro an bezahlter Arbeit und zwischen 280 und 880 Milliarden Euro an unbezahlter Arbeit. Je nach Bewertungsansatz beträgt die durchschnittliche Gesamtleistung von Frauen im Jahr also zwischen 730 und 1.680 Milliarden Euro und die von Männern zwischen 920 und 1.520 Milliarden Euro.

Diese Zahlen machen deutlich, welche Rolle die Bewertung der unbezahlten Arbeit bei einer Bilanzierung spielt. Sie sind als sehr grobe Näherungswerte zu verstehen, geben aber einen ersten Anhaltspunkt in der Quantifizierung der von Männern und Frauen geleisteten Arbeit. Lebenszyklusberechnungen des Umfangs und Wertes von (bezahlter und unbezahlter) geschlechtsspezifischer Arbeit wären für ein „Gender Accounting“ natürlich zielführender, hier bestehen jedoch noch größere Forschungslücken als bei den Jahresdurchschnitten, sodass selbst grobe Schätzwerte fehlen.

2.3 Bilanz der Sozialleistungen

Männer und Frauen unterscheiden sich nicht nur in den Umfängen unbezahlter und bezahlter Arbeit. Sie unterscheiden sich auch im Bezug von Sozialleistungen. Nach der Definition von Carstens et al. (2006) sind Sozialleistungen alle Dienst-, Geld- und Sachleistungen eines Gemeinwesens zur Sicherung der Grundbedürfnisse seiner Mitglieder. Das

² Ein alternatives Maß ist die Bruttowertschöpfung der privaten Haushalte (Haushaltsproduktion abzüglich des Güterverbrauchs). Diese betrug 820 Milliarden Euro in 2001, entsprechend knapp 40 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts jenes Jahres.

System der Sozialleistungen Deutschlands ist sehr komplex. Es lässt sich nach Finanzierungsart und Bedürftigkeitsvoraussetzung jedoch grob in drei Bereiche unterteilen: a) Versicherungsleistungen der Sozialversicherung, b) Versorgungsleistungen des Staates und c) Fürsorgeleistungen des Staates. Der Sozialbericht 2009 (BMAS, 2009) addiert noch d) sozialpolitische Steuermaßnahmen (beispielsweise wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit und für Pflege- und Betreuungsleistungen oder das Ehegatten-Splitting).

Grundsätzlich federt das deutsche Sozialsystem gewisse wirtschaftliche Kernrisiken des Lebens ab, die wir als „Produktionsrisiken“ bezeichnen wollen.³ In Anlehnung an das "Gegenseitige Informationssystem zur sozialen Sicherheit (MISSOC)" der Europäischen Kommission (Europäische Kommission, 2007) definieren wir zehn wirtschaftliche Risiken, die das deutsche Sozialsystem abfedert: (1) Armut, (2) Krankheit, (3) Invalidität, (4) Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, (5) Arbeitslosigkeit, (6) Mutterschaft, (7) Familiengründung, (8) Alter, (9) Pflegebedürftigkeit, und (10) Tod (Zurücklassen von Angehörigen). Mutterschaft und Familiengründung sind hier nicht als Risiko im engen Sinn, sondern als wirtschaftliches Risiko zu verstehen, bei dem zumindest temporäre Einkommensausfälle zu erwarten sind.

Nur bei wenigen der oben genannten wirtschaftlichen Risiken können wir Aussagen über das geschlechtsspezifische Risiko treffen, in diese Lebenssituation zu kommen. Einfach ist es beim Risiko der Mutterschaft, das zu 100% bei den Frauen liegt. Aus der Armutsforschung wissen wir außerdem, dass Frauen ein höheres Armutsrisiko haben (Bundesregierung, 2008), was aus der niedrigeren Erwerbsbeteiligung, dem höheren Anteil unbezahlter Arbeit von Frauen und ihrer Hauptverantwortung für die Kindererziehung und Pflege von Angehörigen sowie ihren niedrigeren Löhnen resultiert (Statistisches Bundesamt, 2003). Des Weiteren ist das Invaliditätsrisiko sowie das Risiko für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten für Männer höher, da diese häufiger als Frauen schwerbehindert sind, häufiger Berufskrankheiten haben und öfter Opfer von Arbeitsunfällen werden. Auch die Kriegsoferversorgung betrifft hauptsächlich Männer. Das Arbeitslosigkeitsrisiko scheint

³ In der Wohlfahrtsstaatsforschung und der (internationalen) Analyse von Sozialpolitiken wird diese Diskussion auch unter den Stichworten Kommodifizierung und De-Kommodifizierung der Arbeitskraft geführt und in Anlehnung an die Arbeiten von Esping-Andersen wird gefragt, wie sozialpolitische Rechte konstruiert sind, damit sie den Individuen eine Lebensführung jenseits der Erwerbsarbeit ermöglichen. In der Auseinandersetzung mit dem ursprünglichen Konzept der De-Kommodifizierung wurde herausgearbeitet, dass der Zugang von Frauen zur Erwerbsarbeit, d.h. ihre Kommodifizierung, zunächst sozialpolitisch abgesichert werden muss. Erst wenn Frauen und Männer gleiche soziale Rechte im Zugang zur Erwerbsarbeit haben, ist die Frage nach den geschlechtsspezifischen Unterschieden in den sozialen Rechten bei der De-Kommodifizierung sinnvoll zu beantworten – denn solange diese sozialen Rechte entlang der männlichen Erwerbsbiographie konstruiert sind, werden Frauen, die keine solchen Biographien realisieren können, immer im Nachteil sein (vgl. Kulawik, 2005).

dagegen ausgeglichen, da Frauen und Männer gleich häufig arbeitslos sind. Typischerweise gründen Männer und Frauen gemeinsam eine Familie, daher dürfte es zu Beginn der Familiengründung keine großen geschlechtsspezifischen Risikounterschiede geben. Im späteren Lebensverlauf sind es jedoch meist die Frauen, die sich nach einer Trennung hauptsächlich um die Kinder kümmern oder sogar allein erziehen (Andreß et al., 2003). Im späteren Lebenszyklus liegt also ein höheres (Produktions-) Risiko der Familiengründung bei den Frauen. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer, sind auch das Alters- und das Pflegebedürftigkeitsrisiko für Frauen höher als für Männer. Bedürftige Angehörige hingegen dürften Männer häufiger als Frauen zurücklassen, worauf auch die Zahlen zu Hinterbliebenenrenten der Rentenversicherung deuten (siehe Schneider et al., 2010). Aus den Zahlen zu geschlechtsspezifischen Krankheitskosten (siehe Schneider et al., 2010) können wir schließlich folgern, dass Frauen ein höheres Krankheitsrisiko haben, allerdings unter der Annahme, dass Schwangerschaft und Entbindung individuell zu tragende Kosten entstehen lassen.

Dies sind noch wenig differenzierte Angaben, die uns nur eine erste Vorstellung der geschlechtsspezifischen Wahrscheinlichkeiten für das Auftreten spezifischer Risiken geben. Konkrete Wahrscheinlichkeiten könnten allerdings aus den empirischen Anteilen der Leistungen beziehenden Frauen und Männer ermittelt werden. Allerdings adressieren Sozialleistungen in Deutschland häufig den Haushalt und nicht das Individuum und mischen damit individuelle und kollektive Elemente: (1) individuell gezahlte Beitragszahlungen und erhaltene Transferleistungen (wie bei der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung), (2) individuell gezahlte Beitragszahlungen, aber Leistungen auch für mitversicherte Angehörige (wie bei der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung) oder die Anrechnung von beitragsfreien Phasen in der Rentenversicherung, und (3) bedarfsabhängige Transferleistungen auf Haushaltsebene (wie bei der Sozialhilfe und der Grundversicherung für Arbeitssuchende, im Alter und bei Erwerbsminderung, siehe auch Maier und Carl, 2009).

Zusätzlich ist die geschlechtsspezifische Aufschlüsselung für Sozialleistungen noch wenig üblich: So unterscheidet der Sozialbericht 2009 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS, 2009) generell nicht nach weiblichen und männlichen LeistungsempfängerInnen, auch wenn es methodisch möglich wäre. Unsere folgende Übersichtstabelle 3 schlüsselt – wo möglich – zentrale Sozialleistungen nach Geschlecht auf, und informiert – wo nötig – über Datenlücken.⁴

⁴ In unserer Expertise (Schneider et al., 2010) beschreiben wir den geschlechtsspezifischen Umfang erhaltener Sozialleistungen ausführlicher – soweit es methodisch möglich ist und die Informationen verfügbar sind.

Tabelle 3: Aufschlüsselung zentraler Sozialleistungen nach Geschlecht

Grobunterteilung der Sozialleistungen nach Finanzierungsart und Bedürftigkeit	Sozialleistung	Finanzierung	Leistungsbezug	Nettoleistungsbezug geschlechtsspezifisch aufschlüsselbar?	Vorhandene Information (Jahr: Gesamtleistung; Anteil ♀/♂ an LeistungsempfängerInnen; individuelle Leistungshöhe)
a) Sozialversicherungsleistungen	Arbeitslosigkeitsversicherung	Individuelle Beiträge (Arbeitnehmer/geberInnen), ggf. Steuern	Individuell, aber Kinderzuschläge	ja	2007: f ; 39% ♀/61% ♂; 891 Euro/Monat für ♂ und 621 Euro für ♀
	Krankenversicherung		Individuell, aber auch Mitversicherung von Angehörigen	Annahmen nötig über die „Haushaltsinterne Teilungsregel“	2008: f ; 50% ♀/50% ♂ Mitglieder; 68% ♀/32% ♂ mitversicherte Familienangehörige; f Alternativ: Pro-Kopf-Krankheitskosten/Jahr: 2002: für ♀ 3.160 Euro, für ♂ 2.240 Euro (Differenz besonders ausgeprägt zwischen 15 und 45 Jahren)
	Pflegeversicherung				2005: 17.9 Millionen Euro; 68% ♀ /32% ♂; f
	Unfallversicherung		Individuell, aber auch Mitversicherung von Angehörigen und Zahlung an Hinterbliebene	Annahmen nötig über die „Haushaltsinterne Teilungsregel“ und Hinterbliebenenzahlungen	f;f;f Alternativ: angezeigte Berufskrankheiten: 2007: ♀ zeigten 14,600 Berufskrankheiten an, ♂ 41,200; anerkannt davon wurden bei ♀ 8% und bei den ♂ 27% (Kosten: f)
	Rentenversicherung		Individuell, aber auch Zahlung an Hinterbliebene und Anrechnung beitragsfreier Zeiten	Berücksichtigung der Hinterbliebenenzahlungen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit: 2007: f; f ; west/ostdeutsche ♂ 761/656 Euro, west/ostdeutsche ♀ 468 /659 Euro; Altersrenten: 2007: f; f ; west/ostdeutsche ♂ 967/1.043 Euro, west/ostdeutsche ♀ 648/669 Euro; Renten wegen Todes: 2007: f; f ; West/ostdeutsche ♂ 229/272 Euro, west/ostdeutsche ♀ 548/569 Euro; Rehaleistungen: 1999: f ; 45% ♀ /55% ♂;f

Grobunterteilung der Sozialleistungen nach Finanzierungsart und Bedürftigkeit	Sozialleistung	Finanzierung	Leistungsbezug	Nettoleistungsbezug geschlechtsspezifisch aufschlüsselbar?	Vorhandene Information (Jahr: Gesamtleistung; Anteil ♀/♂ an LeistungsempfängerInnen; individuelle Leistungshöhe)
b) Versorgungsleistungen des Staates	Familienleistungen (Kindergeld, Kinderzuschlag und Familienleistungsausgleich, Mutterschutz, Elterngeld)	Steuern	Individuell und an Haushalt	Annahmen nötig über die „Haushaltsinterne Teilungsregel“	Entgeltfortzahlung bei Mutterschaft und Mutterschaftsgeld: 2008: 2,5 Milliarden Euro; 100% ♀/0% ♂; f Elterngeld: 2007: 4 Milliarden Euro; AntragstellerInnen: 11.5% ♀ und ♂ gemeinsam, 4.5% ♂, 84% ♀; ♂ 4 Monate 946 Euro/Monat; ♀ 12 Monate 585 Euro
c) Fürsorgeleistungen des Staates	Arbeitslosengeld II und Sozialgeld		Bedarfsgemeinschaft	Annahmen nötig über die „Haushaltsinterne Teilungsregel“	ALG II: 2007: f ; 51% ♀ / 49% ♂; individuelle Höhe=Regelsatz Sozialgeld: 2007: f ; 50% ♀ / 50% ♂; individuelle Höhe=Regelsatz Förderanteil im SGB II: 2007: f ; 41% ♀ / 59% ♂ (6%punkte unter dem geforderten Anteil); f
	Sozialhilfe				Hilfe zum Lebensunterhalt: 2007: f ; 48% ♀ / 52% ♂ von 28% der LeistungsempfängerInnen außerhalb von Einrichtungen, 51% ♀ / 49% ♂ der 72% der LeistungsempfängerInnen innerhalb von Einrichtungen; f (aber individuelle Höhe=Regelsatz) Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: 2007: f ; 56% ♀ / 44% ♂; f , aber individuelle Höhe=Regelsatz Grundsicherung bei voller Erwerbsminderung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren: 2007: f ; f (0.7 aller ♂ und 0.6% aller ♀); f Eingliederungshilfe für behinderte Menschen:

Grobunterteilung der Sozialleistungen nach Finanzierungsart und Bedürftigkeit	Sozialleistung	Finanzierung	Leistungsbezug	Nettoleistungsbezug geschlechtsspezifisch aufschlüsselbar?	Vorhandene Information (Jahr: Gesamtleistung; Anteil ♀ / ♂ an LeistungsempfängerInnen; individuelle Leistungshöhe)
					2007: f ; 40% ♀ / 60% ♂; f Hilfe zur Pflege: 2007: f ; 68% ♀ / 32% ♂; f Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: 2007: f ; 42% ♀ / 58% ♂; f
	Wohngeld				2005: f ; AntragstellerInnen: 55% ♀ / 45% ♂; f
d) Sozialpolitische Steuermaßnahmen	sozialpolitisch begründete Maßnahmen, Maßnahmen wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit, das Splitting-Verfahren für Ehegatten und die Steuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen		Steuereinheit		Ehegattensplitting: 2007: 20,5 Milliarden Euro; andere steuerliche Maßnahmen zur Familienförderung: 42,6 Milliarden Euro (v.a. Kinder-geld: 34,2 Milliarden Euro); f ; f

Quelle: Eigene Darstellung. Anmerkung: **f** = Information fehlt.

Man sieht in der Tabelle, dass ein Großteil erhaltener Sozialleistungen nicht vollständig nach Geschlecht aufgetrennt verfügbar ist. Allerdings liefert die Tabelle auch die empirische Berechtigung für die oben postulierten geschlechtsspezifischen Risiken.

Um ein umfassendes „Gender Accounting“ erarbeiten zu können, wäre es erforderlich, Sozialleistungen nach Männern und Frauen aufschlüsseln zu können. Dafür ist es nötig, die in der Überblickstabelle dargelegten Datenlücken soweit wie möglich zu schließen, indem man die Daten getrennt nach Männern und Frauen aufweist. Dort, wo es nur den Haushaltsbezug der Leistungen gibt, können Erkenntnisse über sogenannte haushaltsinterne Teilungsregeln herangezogen werden, die wir im nächsten Abschnitt vorstellen. Diese würden empirisch gesicherte Erkenntnisse über die Zuordnung von haushaltsbezogenen Ressourcen zu den Geschlechtern ermöglichen.

2.4 Haushaltsinterne Teilungsregeln („Sharing Rules“)

Üblicherweise, und so auch im deutschen Sozial- und Steuerrecht, wird die Familie als Entscheidungseinheit betrachtet, welche die Summe aller (individuell erworbenen) Einkommen als gemeinsames Einkommen verwendet (so genanntes „Einkommens-Pooling“). Träfe die Annahme des Einkommens-Pooling zu, liefen zielgerichtet gemeinte sozialpolitische Maßnahmen – wie Transferzahlungen an bestimmte Familienmitglieder – ins Leere, da familieninterne Umverteilungen diese Zielrichtung neutralisieren würden. Tatsächlich belegen aber zahlreiche empirische Studien, dass das Verhalten von Familienmitgliedern aus Verhandlungen zwischen einzelnen Familienmitgliedern und nicht aus einer einheitlichen Familienentscheidung resultiert (für einen Überblick siehe z.B. Ludwig-Mayerhofer, 2006, oder Beblo, 2007). Dabei lassen sich haushaltsinterne Teilungsregeln oder „sharing rules“ identifizieren, welche die Aufteilung der verfügbaren Ressourcen, d.h. die Aufteilung von Einkommen, Zeit und Gütern, innerhalb des Haushaltes determinieren. Die haushaltsinterne Ressourcenaufteilung kann Auskunft über die Verhandlungsmacht der einzelnen Mitglieder und die Entscheidungsprozesse innerhalb der Familie geben. Dieses Wissen ermöglicht es, den finanziellen Nutzen der Familienmitglieder separat zu bestimmen.

Quantifizierungen der familieninternen Teilungsregel für Deutschland gibt es – wegen unzulänglicher Datengrundlage – bislang wenige. So bestimmen Beninger, Laisney und Beblo (2007) die relative Verhandlungsposition oder Teilungsregel von verheirateten Frauen und Männern im SOEP mit Hilfe eines gemischten Ansatzes aus Schätzung und Kalibrierung, in dem individuelle Arbeitsangebotsentscheidungen so simuliert werden, dass sie im Ergebnis den tatsächlich beobachteten Arbeitszeiten entsprechen. Demnach ist z.B. die relative Verhandlungsposition von Männern umso höher, je geringer das Einkommenspotential der Ehefrau ist. Weitere Analysen wären mit einem neuen Familienpa-

nel, dem "Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics" (pairfam), möglich, wenn das Konsumverhalten nicht nur in der Pre-Test-Phase (dem so genannten Mini-Panel) erhoben, sondern auch in die Hauptbefragung mit aufgenommen würde. Barg und Beninger (2009) finden mit Hilfe der Pre-Test-Daten zumindest Hinweise darauf, dass die Konsumausgaben für acht individuell zuordenbare Güter positiv mit dem Erwerbs- und Nichterwerbseinkommen und der Bildung der Partner korrelieren.

3 Datenquellen

Die in den vorherigen Abschnitten genannten Schätzwerte basieren auf folgenden amtlichen Statistiken und Einzeldatensätzen, welche auch für ein umfassendes „Gender Accounting“ herangezogen werden sollten: Arbeitsmarktstatistiken stellen das Statistische Bundesamt und die Bundesagentur für Arbeit bereit. Analysen geschlechtsspezifischer Unterschiede im Angebot unbezahlter und bezahlter Arbeit basieren in Deutschland üblicherweise auf dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) und der Zeitbudgeterhebung. Analysen der haushaltsinternen Aufteilung von Ressourcen wurden bislang mit Daten des International Social Survey Programme (ISSP) und dem Paneldatensatz pairfam durchgeführt. Weiteres Potenzial sehen wir in der Einkommens- und Verbrauchstichprobe (EVS), in der jeweils ein Familienmitglied Tagebuch über sämtliche Ausgaben führt. Statistiken über Sozialleistungen finden sich zum Beispiel in der Gesundheitsberichterstattung des Bundes.

3.1 Arbeitsmarktstatistiken

Statistiken über den Arbeitsmarkt werden vom Statistischen Bundesamt und der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt. Dabei betrachtet die Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes das erwerbsstatistische Gesamtsystem in Deutschland mit Hilfe der Erwerbstätigenrechnung, der Arbeitskräfteerhebung, der Statistik zum Personal im öffentlichen Dienst und zu den Verdiensten und Arbeitskosten. Die Bundesagentur für Arbeit führt die amtliche Statistik über den Arbeitsmarkt nach dem Sozialgesetzbuch III und über die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II. Dazu gehören die Arbeitslosenstatistik, die Beschäftigungsstatistik, Förderstatistiken und die Statistik über Bedarfsgemeinschaften, ihre Mitglieder und die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Alle genannten Statistiken lassen prinzipiell gesonderte Betrachtungen für Männer und Frauen zu.

3.2 Sozio-ökonomisches Panel (SOEP)

Das SOEP ist eine seit 1984 laufende jährliche Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und neuen Bundesländern. Die Stichprobe um-

fasste im Erhebungsjahr 2008 fast 11.000 Haushalte mit mehr als 20.000 Personen. Themenschwerpunkte sind unter anderem Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe, Gesundheit und Lebenszufriedenheit. Umfangreiches Dokumentationsmaterial steht in deutscher und englischer Sprache auch online zur Verfügung. Eine ausführliche Beschreibung des SOEP bietet SOEP Group (2001) bzw. Wagner et al. (2007).

3.3 Zeitbudgeterhebung

Die Zeitbudgeterhebung wurde 1991/1992 und 2001/2002 durchgeführt. Die Privathaushalte bilden die Grundgesamtheit. Die Auswahl der Stichprobe erfolgte nach einem Quotenverfahren, wobei 2001/2002 etwa 5.400 Haushalte mit 12.600 Personen befragt wurden. Den Kern der Erhebung stellen die durch die Befragten selbst zu führenden Tagebücher dar. Darin sollen alle Haushaltsmitglieder ab zehn Jahren an drei Tagen (zwei Wochentagen sowie Samstag oder Sonntag) ihren Tagesablauf in eigenen Worten darlegen. Alle Aktivitäten, die mindestens zehn Minuten dauern, sind in das Tagebuch einzutragen. Zusätzlich bietet die Zeitbudgeterhebung 2001/2002 umfangreiche Informationen über die teilnehmenden Haushalte und Tagebuch führenden Personen.

3.4 International Social Survey Programme (ISSP)

Das International Social Survey Programme (ISSP) führt seit 1985 eine jährliche Umfrage zu wechselnden sozialwissenschaftlichen Themen durch. 2007 nahmen 49 Institute aus 41 Nationen am ISSP teil. Der verantwortliche Partner für Deutschland ist GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Neben Fragen zum Hauptthema umfasst jeder Fragebogen soziodemographische Charakteristika der Befragten, die allerdings nicht standardisiert sind, sondern im Nachhinein harmonisiert werden. Themenschwerpunkte der letzten Umfragen waren Arbeitsorientierungen, Umwelt, Religion, soziale Ungleichheit sowie Staat und Regierung. Die Umfragen sind als Replikationsstudien konzipiert, so dass für verschiedene Themenschwerpunkte bereits drei Umfragen vorliegen. Die ISSP-Datensätze stehen der Öffentlichkeit ohne Einschränkungen beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in der GESIS zur Verfügung.

3.5 Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (pairfam)

Das "Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics" (pairfam) ist eine repräsentative Längsschnittstudie zur Erforschung partnerschaftlicher und familialer Lebensformen in Deutschland. Die Pre-Tests fanden zwischen 2006 und 2007 statt (so genanntes Mini-Panel). Die erste Welle der Hauptbefragung wurde 2008/2009 durchgeführt. In der ersten Welle wurden bundesweit 12.000 Personen sowie deren Partner, ab der

zweiten Welle auch die (Stief)Eltern und Kinder der Zielperson befragt. Das pairfam-Projekt umfasst die Themenschwerpunkte Gründung, Etablierung und Gestaltung von Paarbeziehungen, Elternschaftsentscheidungen, intergenerationale Beziehungen und Transferleistungen zwischen den Generationen, Erziehungsverhalten und kindliche Entwicklung, Soziale Einbettung von Partnerschafts- und Familienentwicklungsprozessen und Methoden. Wechselnde Zusatzmodule sollen als thematische Schwerpunkte rotierend implementiert werden. Die Studie wird von den Universitäten Bremen, Chemnitz, Mannheim und München koordiniert. Die Daten der ersten Welle sind ab Oktober 2009 für die Fachöffentlichkeit erhältlich. Für die Analyse intrafamiliärer Ressourcenaufteilungen ist nur das Mini-Panel geeignet, da Fragen zum Konsumverhalten nicht in die Hauptbefragung aufgenommen wurden.

3.6 Gesundheitsberichterstattung

Die Gesundheitsberichterstattung (GBE, www.gbe-bund.de) des Bundes informiert über die gesundheitliche Lage und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Deutschland. Sie stützt sich dabei auf daten- und indikatorengestützte Beschreibungen und Analysen. Die Themenfelder der GBE des Bundes sind so gewählt, dass sie alle Bereiche des Gesundheitswesens abdecken: die Rahmenbedingungen des Gesundheitswesens, die gesundheitliche Lage, das Gesundheitsverhalten, Krankheiten, die Gesundheitsversorgung, die Ausgaben für Gesundheit sowie Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens.

3.6 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine freiwillige Befragung der amtlichen Statistik zu Einkommens-, Vermögens- und Schuldensituation sowie Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland. Daneben liefert die EVS Daten über die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern. Die EVS wird seit 1963 bundesweit alle fünf Jahre durchgeführt. An ihr beteiligten sich zuletzt (im Jahr 2008) rund 59.000 Haushalte. Die Erhebung setzt sich aus folgenden Erhebungsteilen zusammen: a) allgemeine Angaben zu den Haushalten und Einzelpersonen, deren Wohnsituation, Vermögenssituation sowie die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, b) das Haushaltsbuch, in dem jeweils ein Viertel aller teilnehmenden Haushalte drei Monate lang ihre Einnahmen und Ausgaben anschreiben, und c) das Feinaufzeichnungsheft für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, in dem jeder fünfte an der EVS beteiligte Haushalt einen Monat lang alle Ausgaben sowie gekaufte Mengen für Speisen, Getränke und Tabakwaren auflistet.

3.7 Datenquellen der Sozialversicherungsträger und anderer staatlicher Einrichtungen

Für die obigen Statistiken haben wir neben den Daten der Bundesagentur für Arbeit auch Angaben der Deutschen Rentenversicherung, der Krankenkassen etc. verwendet. Darüber hinaus flossen Daten ein, die verschiedene Bundesministerien bereitgestellt haben und die z.B. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder dem Statistischen Bundesamt gesammelt und veröffentlicht wurden. Eine systematische Erfassung und Veröffentlichung von Daten aller Sozialversicherungsträger und staatlichen Einrichtungen nach Geschlecht ist bisher nicht erfolgt.

4 Forschungsdesign eines „Gender Accounting“

Wir möchten nun ein über den rein quantitativ-sammelnden Aspekt hinausgehendes, umfassenderes Konzept des „Gender Accounting“ vorschlagen, bei dem berücksichtigt wird, in welchen Lebenssituationen Frauen und Männer mit welcher Wahrscheinlichkeit welchen gesellschaftlichen Beitrag leisten, welchen wirtschaftlichen Risiken sie ausgesetzt sind, und zu welcher nach Lebenssituation oder nach Alter differenzierten Bilanz dies insgesamt führen kann.

Die Bausteine unseres Konzeptes sind in der folgenden Tabelle 4 dargestellt. Als ersten Schritt schlagen wir vor, den Wert der von Frauen und Männern unbezahlt und bezahlt geleisteten Arbeit systematisch zu quantifizieren. Wie in der Tabelle aufgeführt, benötigt man dazu die Volumina der geleisteten Arbeitszeit nach verschiedenen Arbeitsformen für bezahlte Arbeit (also Vollzeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung) und für unbezahlte Arbeit (also Ehrenamt, Kindererziehung, Pflege, Hausarbeit, etc.). Diese Volumina müssen sodann getrennt für Frauen und Männer mit geeigneten Stundenlöhnen bewertet werden. Während die Stundenlöhne für bezahlte Erwerbsarbeit beobachtbar sind, müssten für die Bewertung der unbezahlten Arbeit hypothetische Stundenlöhne angesetzt werden. Man identifiziert also – getrennt für Männer und Frauen – für jede Form von Arbeit das durchschnittlich über den Lebenszyklus geleistete Arbeitsvolumen und multipliziert dieses mit dem jeweils geeigneten Stundenlohn. Den Erwartungswert der jeweiligen durchschnittlichen Lebensleistung erhält man über geeignete Diskontierungswerte. Zu bestimmen sind also nicht nur Arbeitsvolumina und (hypothetische und reale) Stundenlöhne, sondern auch sinnvolle Diskontsätze.

Das Arbeitsvolumen ist von diesen Werten am einfachsten zu bestimmen: Die Wahrscheinlichkeit dafür, in einer bestimmten Lebensphase in einer bestimmten Arbeitsform tätig zu sein, ließe sich beispielsweise auf Grundlage der Zeitbudgeterhebung abschätzen. Tabelle 5 im Anhang zeigt, wie viel Zeit Frauen und Männer am Tag für unbezahlte

und bezahlte Arbeit aufwenden. Grundlage dieser Zusammenstellung ist der Tabellenband der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 (Statistisches Bundesamt, 2006). Bezahlte Arbeit ist hier Erwerbsarbeit, unbezahlte Arbeit setzt sich aus Arbeit im Haushalt (unter besonderer Ausweisung von Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen) sowie aus ehrenamtlicher Arbeit zusammen. Die Tabelle 5 zeigt neben der insgesamt aufgebrauchten Zeit auch den Anteil der ausübenden Personen, sowie die individuell aufgebrauchte Zeit der Ausübenden.

Tabelle 4: Skizze zum Forschungsdesign eines umfassenden „Gender Accounting“ von geleisteter Arbeit und wirtschaftlichen Risiken über den Lebenszyklus nach Geschlecht

				Alter (in Jahren)								
				alle ab 18	18-29	30-44	45-64	ab 65				
				Geschlecht								
				F	M	F	M	F	M	F	M	
Geleistete Arbeit	darunter: bezahlte Arbeit (Erwerbstätigkeit)		insgesamt	Quantifizierung: Arbeitsvolumen * Stundenlöhne								
			darunter: Vollzeit									
			darunter: Teilzeit									
			darunter: geringfügig									
Geleistete Arbeit	darunter: unbezahlte Arbeit	insgesamt	insgesamt	Quantifizierung: Arbeitsvolumen * hypothetische Stundenlöhne								
			darunter: Arbeit im Haushalt									insgesamt
												darunter: Haushaltsproduktion
			darunter: Kinderbetreuung									
			darunter: Unterstützung, Pflege und Betreuung von erwachsenen HH-Mitgliedern									
			darunter: ehrenamtliche Tätigkeit, Freiwilligenarbeit, informelle Hilfe									insgesamt
Wirtschaftlich	Armut			Quantifizierung:								
	Krankheit											

he Kern- risiken	Invalidität	geschätztes Eintrittsrisiko * empfangene Sozialleistung (tw. bekannt) * individueller Anteil (bei Haus- haltsleistungen unbekannt)
	Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten	
	Arbeitslosigkeit	
	Mutterschaft	
	Familiengründung	
	Alter	
	Tod/Hinterlassen von Angehörigen	

Anmerkung: F/M steht für Frauen/Männer. Mutterschaft und Familiengründung verstehen wir hier nicht als Risiko im engeren Sinne, sondern als wirtschaftliches Risiko, bei dem zumindest temporäre Einkommensausfälle zu erwarten sind.

Empirisch zeigt sich, dass jüngere Frauen ein deutlich anderes Ausbildungs-, Mobilitäts-, Erwerbs-, Heirats- und Fertilitätsverhalten im Vergleich zu älteren Frauen aufweisen (siehe auch oben). Daher würde die vorgeschlagene Aufstellung aussagekräftiger – wenn auch ungleich schwieriger –, wenn man sie nach Kohorten getrennt auswies, z.B. für die in der Tabelle ausgewiesenen Altersgruppen.

Da die erforderlichen Informationen nicht nur insgesamt erhältlich sind, sondern separat für die Altersgruppen der 18-29-Jährigen, 30-44-Jährigen, 45-64-Jährigen und 65+-Jährigen, ist es grundsätzlich auf Basis der Ausübungsanteile möglich, für diese Gruppen altersspezifische Wahrscheinlichkeiten bezahlter und unbezahlter Arbeit im Lebenszyklus zu identifizieren. Beispielweise üben 19 Prozent aller Frauen im Schnitt 23 Minuten ehrenamtliche Arbeit aus, aber dieser geleistete Beitrag steigt im Lebenszyklus von 13 Prozent der 18-29-jährigen Frauen (15 Minuten) auf 25 Prozent der über 65-jährigen Frauen (30 Minuten) an. Verfügten wir z.B. über eine glaubwürdige Approximation des gesellschaftlichen Wertes einer Stunde eines bestimmten Typs ehrenamtlicher Arbeit, könnten wir den Wert der von Frauen und Männern in verschiedenen Lebensphasen geleisteten ehrenamtlichen Arbeit abschätzen. Analog könnte man mit den anderen Formen geleisteter Arbeit verfahren.⁵

⁵ Eine verwandte Herangehensweise zur Ermittlung von geschlechtsspezifischen Wahrscheinlichkeiten für Formen unbezahlter und bezahlter Arbeit findet sich im „Lebenslagen-Ansatz“ von Sellach et al. (2004, 2006). Im „Lebenslagen-Ansatz“ von Sellach et al. (2004, 2006) ist die „Lebenslage“ der subjektive Handlungsspielraum, der unterteilt ist in den Sozialspielraum, den Erwerbs- und Einkommensspielraum, den Bildungsspielraum, den Dispositions- und Partizipationsspielraum, den Muße- und Freizeitspielraum, und den Geschlechtsrollenspielraum. Dem gesellschaftlichen Beitrag von Frauen oder Männern in Form von unbezahlter Arbeit entsprächen der Sozialspielraum zusammen mit dem Dispositions- und Partizipationsspielraum, dem Beitrag in Form von bezahlter Arbeit der Erwerbs- und Einkommensspielraum. Für ein umfassendes „Gender Accounting“ ist der „Lebenslagen-Ansatz“ unserer Ansicht nach allerdings nicht ausreichend: Da der Sozialspielraum unbezahlte Haus- und Familienarbeit und soziale Aktivitäten für Dritte in einer Kategorie zusammenfasst, ist es nicht möglich, die unterschiedlichen Formen von unbezahlter Arbeit zu quantifizieren. Außerdem fehlt

Darüber hinaus halten wir es für unumgänglich, dass ein umfassendes „Gender Accounting“ auch die unterschiedlichen wirtschaftlichen Risiken von Frauen und Männern berücksichtigt und deren Kosten in Form von erhaltenen Sozialleistungen erfasst. Wir schlagen also zusätzlich zu der Quantifizierung der produktiven Arbeitsleistung von Frauen und Männern vor, die geschlechtsspezifischen wirtschaftlichen Risiken (d.h. die Wahrscheinlichkeiten, Sozialleistungen zu erhalten) zu identifizieren. Diese wären dann – wie in Tabelle 3 beschrieben – mit der Höhe der empirisch erfassten, individuellen Sozialleistungen zu multiplizieren.

Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Risiken stellt sich neben prinzipiell leicht zu lösenden Datenlücken allerdings das oben schon erwähnte Problem: Häufig werden Sozialleistungen nicht individuell gezahlt (vor allem Familienleistungen und Leistungen zur Mindestsicherung) und daher liegen Daten nicht getrennt für Frauen und Männer vor. Dies betrifft ebenso die Zuordnung steuerlicher Be- und Entlastungen. Eine Abschätzung des individuellen Anteils der empfangenen Haushaltsleistungen ist deshalb genauso notwendig wie differenzierte öffentliche Statistiken, wo diese möglich sind (wie beispielsweise bei der Unfallversicherung und beim Kindergeld).

Auch bei den wirtschaftlichen Risiken würde eine Aufteilung nach Kohorten noch konkretere Ansatzpunkte für politische Handlungsoptionen liefern. Eine Möglichkeit wäre, für jede Kohorte einen typischen Lebensverlauf mit typischen wirtschaftlichen Risiken zu simulieren. Um einen typischen Lebensverlauf zu simulieren, sind Zeitpunkte festzulegen, an denen besondere Ereignisse eintreten – zum Beispiel das Alter bei Ausbildungsende und Berufseintritt, bei Heirat und bei der Geburt von Kindern. Diese Zeitpunkte können aus vorhandenen Befragungen (beispielsweise aller StichprobenteilnehmerInnen mit einer festgelegten Zahl von Kindern) retrospektiv gewonnen werden – auch nach verschiedenen Kategorien wie zum Beispiel Frauen mit niedriger, mittlerer und hoher Bildung. Eine Möglichkeit, die oben beschriebenen Risiken im Lebensverlauf zu quantifizieren, wäre die Simulation analog zu der in der Literatur üblichen Simulation von Lebenserwerbsverläufen. Strengmann-Kuhn und Seel (2004) ermitteln beispielsweise auf Grundlage des SOEP (1991-2000), dass 35-50-jährige Frauen mit mittlerer Bildung im Schnitt mit 18 Jahren ihre Ausbildung beendeten und ins Erwerbsleben eintraten, mit 24 Jahren heirateten und mit 25 Jahren ihr erstes und mit 30 Jahren ihr zweites Kind bekamen. Andere Kategorien für unterschiedliche Simulationsszenarien könnten die Kinderanzahl, der Familientyp oder die Region sein. Für die Simulation von Erwerbsverläufen werden die Lohngleichung und die Erwerbsbeteiligung getrennt geschätzt, wieder auf Basis der vor-

eine monetäre Bewertung der in den verschiedenen Spielräumen verwendeten Zeit. Schließlich macht der Ansatz keine Aussage über das Auftreten gewisser wirtschaftlicher Risiken im Leben und deren Kosten bzw. die Sozialleistungen, die Frauen und Männer unter bestimmten Umständen erhalten.

handenen Befragungsdaten, und zwar schrittweise für jedes Lebensalter, beginnend in dem Alter, in dem die jüngste Gruppe in das Erwerbsleben eintritt. Aus diesen Schätzungen ergibt sich dann ein Profil der simulierten Erwerbsbeteiligung über den Lebenszyklus nach verschiedenen Kategorien, hier Bildungstypen, die dann in Bruttomonats-, Bruttogehalts- und Bruttolebenserwerbseinkommen umgerechnet werden.

Wir schlagen vor, analog zu den beschriebenen Simulationsstudien auch Risiken wie Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, chronische Krankheit, Armut, oder Pflegebedürftigkeit getrennt für Frauen und Männer zu simulieren. Zum Beispiel könnte man alle befragten Pflegebedürftigen auswählen, und annehmen, dass ihrer Pflegebedürftigkeit eine gesunde Phase voranging, dann den durchschnittlichen Zeitpunkt bestimmen, an dem die Pflegebedürftigkeit eintrat, für jedes darauf folgende Jahr die Wahrscheinlichkeit schätzen, dass die Pflegebedürftigkeit anhält, diese mit den Kosten eines Jahres Pflegebedürftigkeit multiplizieren, und so die Bruttokosten einer Pflegebedürftigkeit im Lebenszyklus bemessen.

5 Zusammenfassung

Zusammenfassend gibt es unseres Erachtens zwei Möglichkeiten einer geschlechtsspezifischen Bilanzierung, entweder

1. eine Gesamtbetrachtung aller mit Wahrscheinlichkeiten und Preisen bewerteten erbrachten und empfangenen Leistungen von Frauen und Männern, oder
2. eine entsprechend differenzierte Kohortenbetrachtung mit Hilfe von Simulationsstudien.

Erstere stellt geringere Anforderungen an die Datenverfügbarkeit und ist somit einfacher durchführbar, die Zweite ist methodisch aufwändiger, bietet als Lebensphasenansatz aber den Vorteil, Handlungsoptionen für sozialpolitische Maßnahmen zielgerichteter (nämlich auf die Kohorte bezogen) abzuleiten.

Das Ziel eines „Gender Accounting“ sollte sein, Ansatzpunkte für sozialpolitische Maßnahmen unter Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden zu identifizieren; also zu ermitteln, wo wirtschaftliche Risiken auftreten und in welcher Stärke, um diese auch individualisiert (und nicht nur im Haushaltskontext) angehen zu können und zu bestimmen, wo und wie das soziale Auffangnetz aufgehängt sein und an welchen Stellen es besonders eng gewebt sein sollte. Wenn man sich dabei an den empirisch vorliegenden Lebensphasen und -risiken orientiert, sollte das natürlich nicht als normative Vorgabe über idealtypische Lebensverläufe verstanden werden. Der Nutzen einer solchen Bilanzierung liegt in der damit verbundenen hohen fiskalischen Transparenz, die auch in der „Gender Budgeting“-Debatte betont wird: Erbrachte Leistungen und Zahlungsströme werden

transparent gemacht und bieten eine differenzierte Grundlage für die geschlechterdifferenzierende Evaluation einzelner sozialpolitischer Leistungen (so genannte „gender-impact assessments“).

Schließlich möchten wir noch darauf hinweisen, dass das Ziel eines umfassenden „Gender Accounting“ nicht darin läge, mit Hilfe geschlechtsspezifischer Bilanzen die Nettobeiträge von Frauen und Männern im Gesamtsaldo zu ermitteln, da wir deren Aussagekraft für sehr beschränkt halten.

Literaturverzeichnis

Andreß, Hans-Jürgen, Borgloh, Barbara, Güllner, Miriam und Wilking, Katja (2003), Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung, Wiesbaden.

Bundesagentur für Arbeit (BA, 2007), Situation von Frauen und Männern am Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Lage und Entwicklung, 2000 – 2007, Nürnberg.

BA (2008a), Situation von Frauen und Männern am Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Lage und Entwicklung, 2000 – 2008, Nürnberg.

BA (2008b), Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Nürnberg.

BA (2008c), Sozialgesetzbuch Zweites Buch, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Zahlen. Daten. Fakten, Jahresbericht 2007, Nürnberg.

Bach, Hans-Uwe, Gartner, Hermann, Hummel, Markus, Klinger, Sabine, Rothe, Thomas, Spitznagel, Eugen und Zika, Gerd (2009), Projektion 2009: Arbeitsmarkt im Sog der Rezession. IAB-Kurzbericht, 06/2009, Nürnberg.

Barg, Katherin und Beninger, Denis (2009), Intra-Household Allocation: Evidence from a New Survey on Family Issues with Individual Consumption Data, Mannheim, mimeo.

Beblo, Miriam (2007), Die Wirkungsweise des Ehegattensplittings bei kollektiver Entscheidungsfindung im Haushalt, in Barbara Seel (Hg.): Ehegattensplitting und Familienpolitik, Wiesbaden: 269-294.

Beblo, Miriam und Wolf, Elke (2000), How Much Does a Year Off Cost? – Estimating the Wage Effects of Employment Breaks and Part-Time Periods, ZEW Discussion Paper, Mannheim: 00-69.

Beblo, Miriam und Wolf, Elke (2002a), Die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen, DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71(1): 83-94.

Beblo, Miriam und Wolf, Elke (2002b), Wage Penalties for Career Interruptions – An Empirical Analysis for West Germany, ZEW Discussion Paper, Mannheim: 02-45.

Beblo, Miriam und Wolf, Elke (2003), Sind es die Erwerbsunterbrechungen? – Ein Erklärungsbeitrag zum Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4: 560-572.

Beblo, Miriam, Bender, Stefan, und Wolf, Elke (2009), Establishment-level wage effects or entering motherhood, in: Oxford Economic Papers 61(S1): i11-i34.

Becker, Albrecht (2005), Accountingforschung, Controlling und Gender, in: Krell, Gertraude (Hg.), Betriebswirtschaftslehre und Gender Studies, Wiesbaden: 59-82

Beneria, Lourdes (2003), Gender, Development and Globalization – Economics as if All People Mattered, New York und London.

Beninger, Denis, François Laisney und Beblo, Miriam (2007), Welfare analysis of a tax reform for Germany: a comparison of the unitary and collective models of household labour supply, Journal of Population Economics 20: 869-893.

Boll, Christina (2009a), Lohneinbußen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen – fertilitätstheoretische Einordnung, Quantifizierung auf Basis von SOEP-Daten und familien-politische Implikationen, HWWI Research Paper 1-19, Hamburg

Boll, Christina (2009b), Einkommenseffekte von Erwerbsunterbrechungen – mit besonderer Berücksichtigung möglicher Elterngeldeinflüsse auf das Unterbrechungsmuster, HWWI Policy Paper 1 – 21, Hamburg

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS, 2009), Sozialbericht 2009, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ, 2009), Familienreport 2009, Leistungen, Wirkungen, Trends, Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS, 2008), Wohngeld- und Mietenbericht 2008, http://www.bmvbs.de/Anlage/original_1002086/Wohngeld-und-Mietenbericht-2006.pdf (03.09.09).

Bundesregierung (2008), Lebenslagen in Deutschland - Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.

Carstens, Uwe, Clausen, Lars, Osterkamp, Frank und Schlüter-Knauer, Carsten (Hg., 2006), Neuordnung der sozialen Leistungen, Norderstedt.

Cornelißen, Waltraud, und Blanke, Karen (2004), Zeitverwendung von Mädchen und Jungen, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Alltag in Deutschland, Forum der Bundesstatistik, Bd. 43/2004: 160-174.

Deutsche Rentenversicherung Bund (2008), Rentenversicherung in Zahlen 2008, Berlin.

Europäische Kommission (2007), Soziale Sicherheit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, im Europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz, Vergleichende Tabellen Teil 2: Deutschland, Estland, Griechenland, Spanien, Stand am 1. Januar 2007, Sozialschutz und soziale Integration, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Referat E.4 2007.

Färber, Christine, Dohmen, Dieter, Parlar, Renee, Köhnen Manfred, Cleuvers, Birgitt (2006), Machbarkeitsstudie Gender Budgeting auf Bundesebene, Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

Färber, Gisela (2007), Ehegattensplitting und Lohnsteuerkartenverfahren, in: Barbara Seel (Hg.), Ehegattensplitting und Familienpolitik, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden: 181-206.

Galler, Heinz P. (1991), Opportunitätskosten der Entscheidung für Familie und Haushalt, in: Gräbe, Sylvia (Hg.): Der private Haushalt als Wirtschaftsfaktor, Frankfurt/M.: 118-152.

Holst, Elke, Busch, Anne (2009), Der „Gender Pay Gap“ in Führungspositionen der Privatwirtschaft in Deutschland, DIW Berlin, SOEPPapers No. 169.

Hufnagel, Rainer (2002), Die Kosten von Kindern und die Kosten einer egalitären Elternschaft, DIW Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2002: 114-125.

Immervoll, Herwig, Kleven, Henrik, Kreiner, Claus, und Verdelin, Nicolej (2009), An Evaluation of the Tax-Transfer Treatment of Married Couples in European Countries, OECD Social, Employment and Migration Working Paper No. 26.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2008), Sozialbilanz Familie, Köln.

Janke, Madeleine (2008), International Accounting, Corporate Communication und Gender, in: Friederike Maier, Angela Fiedler (Hg.), Verfestigte Schief lagen – Ökonomische Analysen zum Geschlechterverhältnis, Berlin: 221 – 238.

Kasten, Tanja (2008), Monetäre und nicht-monetäre Effekte von Erwerbsunterbrechungen, Frankfurt/M.

Kotlikoff, Laurence J. und Raffelhüschen, Bernd (1999), Generational Accounting Around the Globe, in: The American Economic Review 89(2), Papers and Proceedings of the One Hundred Eleventh Annual Meeting of the American Economic Association: 161-166.

Kulawik, Teresa (2005), Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterregime im internationalen Vergleich, in gender-politik-online, <http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/kulawik/kulawik.pdf> (01.11.2009).

Kunze, Astrid (2002), The Timing of Careers and Human Capital Depreciation, IZA Discussion Paper 509.

Lauterbach, Wolfgang (1991), Erwerbsverläufe von Frauen – Längsschnittanalyse unter besonderer Berücksichtigung von Erwerbsunterbrechungen, in: Glatzer, Wolfgang (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften (2), Wiesbaden: 773-775.

Licht, Georg, und Steiner, Viktor (1991a), Abgang aus der Arbeitslosigkeit, Individualeffekte und Hysteresis – Eine Panelanalyse für die Bundesregierung Deutschland, in: Helberge, Christof (Hg.), Erwerbstätigkeits- und Arbeitslosigkeitsanalysen aus dem sozioökonomischen Panel, Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 144: 182-206.

Licht, Georg, und Steiner, Viktor (1991b), Stichprobenselektion, unbeobachtete Heterogenität und Humankapitaleffekte bei der Schätzung von Einkommensgleichungen mit Paneldaten, in: Rendtel, Ulrich und Wagner, Gert (Hg.), Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik seit 1984 in Deutschland, Frankfurt/M. u.a.: 100-134.

Licht, Georg, und Steiner, Viktor (1992), Individuelle Einkommensdynamik und Humankapitaleffekte nach Erwerbsunterbrechungen, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik 209(3-4): 241-265.

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2004), Geldverwaltung und -verteilung im (Familien-) Haushalt, Expertise im Rahmen des 7. Familienberichts des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2006), Geldverwaltung und -verteilung in Partnerschaften, ZSR 52(4): 467-491.

Maier, Friederike (2004), Volkswirtschaftliche Arbeitsmarktanalysen und –Theorien und Frauenarbeit, Expertise im Auftrag des vom BMBF geförderten Projekts Genda – Netzwerk Feministische Arbeitsforschung, Discussion Papers 10/2004.

Maier, Friederike und Carl, Andrea-Hilla (2009), Fiscal System and Female Employment in Germany, External Report Commissioned by and presented to the EU Directorate-General Employment and Social Affairs, Berlin, mimeo.

Ondrich, Jan, Spieß, Katharina, C. und Yang, Quing (2002), The Effect of Maternity Leave on Women's Pay in Germany 1984-1994, DIW Discussion Paper 289.

Robert Koch-Institut und Statistisches Bundesamt (2006), Gesundheit in Deutschland, Berlin.

RWI (2008), Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit – Endbericht 2008, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

Schaffer, Axel, Stahmer, Carsten (2006), Erweitertes Gender-BIP – Eine geschlechtsspezifische Analyse des traditionellen Bruttoinlandsproduktes und der Haushaltsproduktion in Deutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 226/3: 308 – 328.

Schäfer, Dieter (2004), Unbezahlte Arbeit und Haushaltsproduktion im Zeitvergleich, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Alltag in Deutschland, Forum der Bundesstatistik, Bd. 43/2004: 247-273.

Schneider, Julia / Beblo, Miriam / Maier, Friederike (2010), „Gender Accounting“ – Eine konzeptionelle Annäherung und methodisch-empirische Bestandsaufnahme. Expertise für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin.

Seel, Barbara und Hufnagel, Rainer (2000), Wie viel kostet es, eine Frau zu sein?, Studie für einen Artikel in Marie Claire, Universität Hohenheim.

Sellach, Brigitte, Enders-Drägässer, Uta und Libuda-Köster, Astrid (2004), Geschlechtsspezifische Besonderheiten der Zeitverwendung – Zeitstrukturierung im theoretischen Konzept des Lebenslagen-Ansatzes, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Alltag in Deutschland, Forum der Bundesstatistik, Bd. 43/2004: 67-85.

Sellach, Brigitte, Enders-Drägässer, Uta und Libuda-Köster, Astrid (2006), Besonderheiten der Zeitverwendung von Frauen und Männern, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Wirtschaft und Statistik 1/2006: 83-95.

SOEP Group (2001), The German Socio-Economic Panel (GSOEP) After More than 15 Years – Overview, in: Holst, Elke, Lillard, Dean R. und DiPrete, Thomas A. (Hg.), Proceeding of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP 2000), Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 70(1): 7-14.

Statistisches Bundesamt (2003), Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006), Zeitbudgets – Tabellenband I, Zeitbudgeterhebung: Aktivitäten in Stunden und Minuten nach Geschlecht, Alter und Haushaltstyp, 2001/2002, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2007), Sozialhilfe, Fachserie 13, Reihe 2.

Statistisches Bundesamt (2008), Statistisches Jahrbuch 2008 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009), Jahr 2006: Frauen verdienen 23% weniger als Männer, download:

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VerdiensteArbeitskosten/Aktuell__2,templateId=renderPrint.psml (Zugriff 12.1.2010)

Statistisches Bundesamt (2009a), Frauen und Männer im Gesundheitswesen – Ein Kostenvergleich, STATmagazin, Februar 2009, download:

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publicationen/STATmagazin/2009/Gesundheit2009__02,templateId=renderPrint.psml__nnn=true (Zugriff 12.1.2010)

Statistisches Bundesamt (2010), Gesundheitsberichterstattung des Bundes, download: www.gbe-bund.de

Statistisches Bundesamt (2011), Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen, download:

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VerdiensteArbeitskosten/Verdienstunterschiede/Tabellen/Content50/Abstand__OEDPrivat,templateId=renderPrint.psml (Zugriff 9.5.2011)

Stiglitz, Joseph, Sen, Amartya, Fitoussi, Jean-Paul (2009), Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf (02.11.2009).

Strengmann-Kuhn, Wolfgang und Seel, Barbara (2004), Einkommensdiskriminierung und frauenspezifische Erwerbsbiographie, Aachen.

Vogel, Alexander (2007), Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik Heft 3/2007: 312-320.

Wagner, Gert G., Frick, Joachim R. und Jürgen Schupp (2007), The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements, Schmollers Jahrbuch, 127 (1): 139–169.

Wanger, Susanne (2006), Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen. Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Geschlecht und Alter für die Jahre 1991-2004. IAB-Forschungsbericht, 02/2006, Nürnberg.

Ziefle, Andrea (2004), Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs: Eine empirische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen, WZB Discussion Paper SP I 2004-102.

Anhang

Tabelle 5: Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen je Tag 2001/2002 nach ausgewählten Aktivitäten, Geschlecht und Alter

				Bezahlte Arbeit			Unbezahlte Arbeit				
				Erwerbstätigkeit			Arbeit im Haushalt				Ehrenamtliche Tätigkeit, Freiwilligenarbeit, informelle Hilfe
				insgesamt	darunter: Haupterwerbstätigkeit	darunter: Nebenerwerbstätigkeit	insgesamt	darunter: Bauen und handwerkliche Tätigkeiten	darunter: Kinderbetreuung	darunter: Unterstützung, Pflege und Betreuung von erwachsenen HH-Mitgliedern	
Insgesamt	Männlich	Alle	Std : Min	3:12	2:38	0:03	2:31	0:16	0:09	0:01	0:25
		Ausübende		8:23	7:35	3:10	2:54	1:34	1:11	0:37	2:17
		Beteiligungsggrad	%	38,3	34,8	1,7	86,9	16,9	12,1	1,6	18,3
	Weiblich	Alle	Std : Min	1:44	1:24	0:03	4:14	0:03	0:21	0:01	0:23
		Ausübende		6:55	6:27	2:51	4:27	1:02	1:53	0:43	1:59
		Beteiligungsggrad	%	25,1	37,1	1,7	95,1	4,7	18,5	2,7	18,9
18 bis 29 Jahre	Männlich	Alle	Std : Min	3:43	3:00	(0:05)	1:22	0:11	(0:04)	/	0:21
		Ausübende		8:23	7:36	(4:08)	1:52	1:42	(1:18)	/	2:23
		Beteiligungsggrad	%	44,4	39,5	(1,9)	73,0	10,9	(5,2)	/	14,9
	Weiblich	Alle	Std : Min	3:03	2:23	(0:04)	2:41	(0:03)	0:34	/	0:15
		Ausübende		7:35	7:01	(3:38)	3:04	(1:13)	2:59	/	1:56
		Beteiligungsggrad	%	40,2	34,1	(2,0)	87,8	(4,1)	18,8	/	13,0

Fortsetzung von Tabelle 5

30 bis 44 Jahre	Männlich	Alle	Std : Min	5:16	4:25	(0:04)	2:36	0:19	0:25	(0:00)	0:21
		Ausübende		8:41	7:47	(3:08)	2:52	1:52	1:14	(0:32)	2:12
		Beteiligungsgangrad	%	60,7	56,8	(2,0)	90,7	17,3	33,3	(1,2)	15,6
	Weiblich	Alle	Std : Min	2:51	2:21	0:05	5:05	0:04	0:57	(0:01)	0:16
		Ausübende		6:54	6:19	3:03	5:10	1:17	1:50	(0:32)	1:47
		Beteiligungsgangrad	%	41,2	37,1	2,6	98,3	5,7	51,5	(2,5)	14,4
45 bis 64 Jahre	Männlich	Alle	Std : Min	3:29	2:52	(0:03)	2:58	0:19	0:03	(0:01)	0:30
		Ausübende		8:20	7:26	(2:51)	3:15	1:32	0:54	(0:42)	2:20
		Beteiligungsgangrad	%	41,8	38,5	(2,0)	91,5	21,1	5,2	(1,9)	21,3
	Weiblich	Alle	Std : Min	1:56	1:36	(0:03)	4:37	0:03	0:05	0:02	0:30
		Ausübende		6:52	6:25	(2:34)	4:42	0:59	1:02	0:49	2:09
		Beteiligungsgangrad	%	28,2	24,9	(2,2)	98,1	5,1	7,3	3,7	23,4
ab 65 Jahre	Männlich	Alle	Std : Min	(0:12)	(0:09)		3:43	0:16	/	/	0:36
		Ausübende		(5:23)	(5:52)		3:51	1:13	/	/	2:15
		Beteiligungsgangrad	%	(3,6)	(2,5)		96,5	22,5	/	/	26,5
	Weiblich	Alle	Std : Min	(0:03)	/		5:01	(0:02)	/	(0:01)	0:30
		Ausübende		(3:07)	/		5:07	(0:37)	/	(0:44)	1:58
		Beteiligungsgangrad	%	(1,5)	/		97,8	(4,7)	/	(2,9)	25,1

Quelle: Statistisches Bundesamt (2006), eigene Zusammenstellung. Anmerkungen: / = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Anzahl an Tagebüchern der Zahlenwert nicht sicher genug ist. () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Tagebuchanzahl relativ unsicher ist. Darunter = Teilweise Ausgliederung einer Summe, d.h. Summe der Darunter-Positionen muss nicht der Ingesamt-Position entsprechen. Zur Erwerbstätigkeit zählen neben Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit auch Weiterbildung während der Arbeitszeit, Arbeitsuche und der Weg zur Arbeit.

In der Reihe Discussion Papers des Harriet Taylor Mill-Instituts für Ökonomie und Geschlechterforschung der HWR Berlin sind bisher erschienen:

Discussion Paper 2007

Friederike Maier

The Persistence of the Gender Wage Gap in Germany

Discussion Paper 01, 12/2007

Discussion Papers 2008

Madeleine Janke und Ulrike Marx

Genderbezogene Forschung und Lehre im Fachgebiet Rechnungswesen und Controlling

Discussion Paper 02, 05/2008

Claudia Gather, Eva Schulze, Tanja Schmidt und Eva Wascher

Selbstständige Frauen in Berlin – Erste Ergebnisse aus verschiedenen Datenquellen im Vergleich

Discussion Paper 03, 06/2008

Miriam Beblo, Elke Wolf

Quantifizierung der betrieblichen Entgeltdiskriminierung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Forschungskonzept einer mehrdimensionalen Bestandsaufnahme

Discussion Paper 04, 11/2008

Discussion Papers 2009

Wolfgang Strengmann-Kuhn

Gender und Mikroökonomie - Zum Stand der genderbezogenen Forschung im Fachgebiet Mikroökonomie in Hinblick auf die Berücksichtigung von Genderaspekten in der Lehre

Discussion Paper 05, 06/2009

Katherin Barg, Miriam Beblo

Male Marital Wage Premium. Warum verheiratete Männer (auch brutto) mehr verdienen als unverheiratete und was der Staat damit zu tun haben könnte

Discussion Paper 06, 07/2009

Vanessa Gash, Antje Mertens, Laura Romeu Gordo

Women between Part-Time and Full-Time Work: The Influence of Changing Hours of Work on Happiness and Life-Satisfaction

Discussion Paper 07, 12/2009

Elisabeth Botsch, Friederike Maier

Gender Mainstreaming in Employment Policies in Germany

Discussion Paper 08, 12/2009

Fortsetzung und Angaben zum Bezug der Discussion Papers nächste Seite.

Fortsetzung und Angaben zum Bezug der Discussion Papers:

Discussion Papers 2010

Julia Schneider, Miriam Beblo

Health at Work – Indicators and Determinants. A Literature and Data Review for Germany

Discussion Paper 09, 05/2010

Beiträge zur Summer School 2010

Gerda Falkner

Fighting Non-Compliance with EU Equality and Social Policies: Which Remedies?

Discussion Paper 10, 10/2010

Beiträge zur Summer School 2010

Petr Pavlik

Promoting Equal Opportunities for Women and Men in the Czech Republic: Real Effort or Window Dressing Supported by the European Union?

Discussion Paper 11, 11/2010

Discussion Papers 2011

Beiträge zur Summer School 2010

Ute Gerhard

Die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft. Nicht ohne Bürgerinnenrechte und die Wohlfahrt der Frauen

Discussion Paper 12, 01/2011

Beiträge zur Summer School 2010

Chiara Saraceno

Gender (in)equality: An incomplete revolution? Cross EU similarities and differences in the gender specific impact of parenthood

Discussion Paper 13, 03/2011

Anja Spychalski

Gay, Lesbian, Bisexual, Transgender-Diversity als Beitrag zum Unternehmenserfolg am Beispiel von IBM Deutschland

Discussion Paper 14, 04/2011

Julia Schneider, Miriam Beblo, Friederike Maier

Gender Accounting – Eine methodisch-empirische Bestandsaufnahme und konzeptionelle Annäherung

Discussion Paper 15, 09/2011

Die Discussion Papers des Harriet Taylor Mill-Instituts stehen als PDF-Datei zum Download unter der Adresse www.harriet-taylor-mill.de zur Verfügung. Siehe dort Publikationen, Discussion Papers.

Harriet Taylor Mill-Institut der
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Badensche Straße 52
10825 Berlin
www.harriet-taylor-mill.de